

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkauf und Verbreitung: Prag II., Královská 15 • Erlaubnis: 20793, 21460 • (Anwerbestellen): 20797 • Postfach: 27346

11. Jahrgang.

Samstag, 21. November 1931

Nr. 271.

Aufstieg der französischen sozialistischen Presse.

„Le Populaire“, das Pariser Tagblatt der französischen sozialistischen Partei, macht in folgender Tabelle das Ansteigen seiner Käufer- und Abonnentenzahl ersichtlich: „Le Populaire“ hatte

i. d. Jahren	Käufer	Abonnenten
1927	29.701	18.236
1928	32.145	19.935
1929	36.457	21.065
1930	47.500	25.881
1931*	61.117	36.712

* In neun Monaten.

Ministerrat.

Schon wieder nichtsagende Komuniquees.

Prag, 20. November. Heute nachmittags fand eine Sitzung des Ministerrates statt, der die Tagesordnung der laufenden administrativen, wirtschaftlichen und Personalangelegenheiten behandelte. Genehmigt wurde die Vorlage des Regierungsentwurfes betreffend die Ladensperre am Heiligen Abend um 17 Uhr.

Nach Erledigung der Tagesordnung der laufenden Angelegenheiten beriet der Ministerrat über einige Vorlagen und Maßnahmen, die in den Beratungen der Wirtschafts- und Personalminister vorbereitet wurden und für das Programm der parlamentarischen Arbeiten vor Weihnachten bestimmt sind.

Die englischen Zollzuschläge in Kraft.

London, 20. November. Der Gleichentwurf über die Maßnahmen zur Verhinderung überflüssiger Einfuhr ist heute von beiden Häusern angenommen und, nach Zustimmung des Königs, in Kraft getreten.

Vor der Abstimmung im Oberhaus hatte Staatssekretär Lord Hallham erklärt, daß die Einfuhr von Fertigwaren nach England im September zwei Millionen Pfund betragen haben, im Oktober sei die auf fünf Millionen gestiegen und in den ersten zehn Tagen des November hätte die Einfuhr einen Umfang angenommen, der auf eine Einfuhr von fünfzehn Millionen Pfund für den ganzen Monat schließen ließe.

„Herzlicher“ Empfang.

Grandi in New York von einem riesigen Polizeikorps.

New York, 20. November. (Reuter.) Der Herzliche Empfang, der dem italienischen Außenminister Grandi bei seiner Ankunft in New York heute früh zuteil wurde, war auch durch die besonderen Vorkehrungen, die getroffen wurden, bemerkenswert. Der Zug bewegte sich durch ein Spalier von 1200 Polizisten und vor dem Automobil, in welchem Grandi saß, ritten zweihundert Polizisten. Die Straßen waren von Reiterpolizei überfüllt. Beim Eingang in das Rathaus fanden Marineoffiziere.

Von Grandi und Stimson wurde ein gemeinsames Komunique veröffentlicht, nach welchem das Thema der Besprechungen folgende wichtige Fragen zentral sind: Die gegenwärtige Finanzkrise, die Schulden zwischen den Regierungen, Beschränkung und Herabsetzung der Zölle, die Stabilisierung der internationalen Währungen und andere, jedoch wichtige wirtschaftliche Fragen. Die Besprechungen hatten zu einem wohlwollenden Verständnis für die beiderseitigen Probleme geführt.

Moratorium in Unarn?

Budapest, 20. November. (M.N.) Ueber die Berichte bezüglich eines Stillhalteplanes für den Handel erklärte heute Handelsminister Keresz Presserzterern gegenüber, es seien tatsächlich Verhandlungen darüber im Gange, wie man es den in Zahlungsschwierigkeiten gerietenen, jedoch über einen aktiven Vermögensstand verfügbenden Firmen ermöglichen sollte, einer Anleihe vorzuziehen zu können. Es könne jedoch nicht von einem allgemeinen Moratorium für den Handel die Rede sein.

Ueberprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Deutschland macht vom Youngplan Gebrauch. — Memorandum an die V. I. S.

Berlin, 20. November. Die deutsche Regierung hat der Bank für internationale Zahlungen und den am Youngplan beteiligten Mächten ein längeres Memorandum zugestellt, in dem die Erneuerung des im Plan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses zur Ueberprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands gefordert wird.

In einer ausführlichen Begründung wird darauf verwiesen, daß die deutsche Regierung bereits Anfang Juni zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß sie außerstande sein werde, die Zahlung der Annuitäten nach dem Youngplan fortzusetzen. Die Hoffnung, die sich an Hoovers Beschluß eines einjährigen Zahlungsaufschubes für alle Reparationszahlungen knüpfen, hätten sich leider nicht verwirklicht. Die Empfehlungen der Londoner Konferenz ergaben zwar die Verlängerung der Reichsbankkredite durch das Beseler Stillhalteabkommen, aber alle diese Maßnahmen seien nur vorbereitender Natur gewesen. Die Londoner Konferenz selbst habe in ihrer Schlusserklärung festgesetzt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt seien und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weiterreichender Bedeutung bilden sollten.

In den letzter vergangenen Monaten heißt es dann weiter, hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands auf Anhörte zugelegt. Die Welt ist sich im steigenden Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch diese Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie als bald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Ueberlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist jedoch der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den beratenden Sonderausschuss einzuberufen.

Nach dem neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß sie im guten Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben

Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.

In dem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung durch die gegebenen Tatsachen gerechtfertigt wird. Da der neue Plan dem beratenden Sonderausschuss die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss

das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands gleichzeitig vor Ende jeder des nächsten Jahres neu geregelt sein muß.

und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen Schuldner und Auslandsgläubigern zu treffen ist. Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der beratende Sonderausschuss unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden könne, die für die als dann zu treffenden Entschlüsse zuständig sind.

Fasel, 20. November. Unmittelbar nach Eingang des Memorandum bei der V. I. S. sind an alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank Telegraphen geschickt worden, in denen auf Grund des Art. 45 der Statuten um die Ermächtigung ersucht wird, den beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Notenbanken von Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan und der Federal Reserve of New York aufgefordert worden, in Uebereinstimmung mit Ziffer 128 des neuen Planes Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen.

Untersuchungskommission ohne jede Kompetenz.

Freie Hand in militärischen Dingen Japans Hauptforderung.

Paris, 20. November. Wie verlautet, hat der Völkerbundrat heute nachmittags den Antrag auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Mandatschuzel im Prinzip angenommen. Es erübrigt allerdings in privaten Besprechungen, die Vollmacht dieser Kommission abzugrenzen, worin die Hauptschwierigkeit liegen wird.

Einige Ratdelegierte sind der Ansicht, daß die Arbeiten des Völkerbundesrates Montag oder Dienstag mit der Annahme einer Resolution beendet werden, deren Hauptpunkt gerade die Einsetzung einer Untersuchungskommission sein wird.

In den neuen japanischen Vorschlägen geht Japan auf die Entsendung einer Untersuchungskommission ein, spricht aber die Forderung aus, daß die Kommission mit der Untersuchung der ganzen Situation in China in militärischer und politischer Hinsicht betraut werde. Außerdem hat sich die japanische Regierung ausbedungen, daß die Arbeiten der Kommission in keinem Zusammenhang mit der Frage der japanischen militärischen Besetzung stehen dürfen. Die japanische Regierung würde es überlassen bleiben, in der Frage der Zurückziehung der japanischen Truppen aus der Mandatschuzel allein (1) zu entscheiden. Die militärische Räumung könnte in der Zeit der Arbeiten der Untersuchungskommission oder später erfolgen u. zw. je nach dem, wenn die Sicherheit der japanischen Interessen garantiert ist insbesondere aber darnach, wenn China

guten Willen zum Abschluß des allgemeinen von Japan verlangten Vertrages bekunde.

Zwangsläufig organisiert den Widerstand?

Kanking, 20. November. (Reuter.) Präsident Tschanglatsch wird sich morgen im Flugzeug nach Nordchina begeben, um so den Wunsch des Kongresses der Anomintang zu entsprechen. Tschanglatsch soll in Nordchina die Verteidigung des Landes und die Wiedererlangung des verlorenen Gebietes in der Mandatschuzel versuchen.

Ziffitar wird bald geräumt?

Tokio, 20. November. Das japanische Außenministerium erklärt, die japanischen Truppen würden Ziffitar in sehr kurzer Zeit wieder räumen. Den japanischen Blättern zufolge drücken die Militärbehörden die Hoffnung aus, die Räumung in vierzehn Tagen vornehmen zu können.

Massenmord durch Fliegerbomben.

Mulden, 20. November. Japanische Flieger führten gegen eine dreitausend Mann starke Abteilung der Armee Nationalistischer, die in Heilun, hundert Meilen nördlich von Chardin, zusammengezogen worden war, einen Bombenangriff durch. Die Truppenabteilung soll vollständig vernichtet worden sein.

Demonstrationen vor dem rumänischen Parlament.

Bukarest, 20. November. Heute Nachmittag versammelten sich die entlassenen Petroleumarbeiter in großer Zahl vor dem Parlament, wo die Sitzung noch andauerte, und forderten Brot und Arbeit. Die verstärkte Parlamentswache versuchte die Leute zu zerstreuen, die Demon-

stranten verließen aber den Platz erst als die herbeigerufenen Gendarmen sie mit Gewehrkolben zurückertrieben. Gegen die von der Sitzung heimkehrenden Abgeordneten und Minister trieb die Menge Schmährufe aus. Mehrere Autos wurden bedroht und zahlreiche Autoscheiben zertrümmert. Die Demonstranten, mehrere Hundert an Zahl, wurden schließlich von der Gendarmen in die Nebenstraßen abgedrängt.

Inflation gefällig?

Die Gedanken der Unternehmer, soweit sie die Hilfeleistung für die Wirtschaft betreffen, rotieren immer um denselben Punkt: die Arbeiter sollen die Kosten tragen! Stets gehen sie davon aus, daß das Heil der Wirtschaft nur in der Senkung der Produktionskosten gesucht werden kann, um der Industrie die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und nach ihrer — wahrhaftig nicht tiefgründigen — Ansicht gibt es dafür nur das Mittel der Lohnkürzung und des Abbaues der Sozialpolitik. Daß der Lohnanteil an den Gesehungslosten nur ein verhältnismäßig geringer ist, daß jede Lohnsenkung nur zu einem geringen Prozentsatz bei den Gesehungslosten zum Ausdruck kommt, sich bei der Preisentwertung nur schwach auswirkt und daß dagegen aber unmittelbar eine Schrumpfung der Kaufkraft und damit eine Verminderung des Absatzes der Massenerzeugnisse eintritt, das sieht die Herren Unternehmer in ihrer Kurzsichtigkeit nicht an.

It is schon das Bekreteste, von einer Lohnherabsetzung einen Mehrverbrauch erwarten zu wollen, da das gerade Gegenteil: eine weitere Einschränkung des Marktes sich einstellen würde, so erscheint der Gedanke, der als Ideal der „nationalen Opposition“ in Hamburg aufgestellt wurde und der auch bei unseren Unternehmern Schule gemacht zu haben scheint, umso verhängnisvoller, das ist die Vorstellung, es könnte die Krise durch eine Inflation kuriert werden. In einer der letzten Sitzungen des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete Dr. Rosche von der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft dem Wunsch nach einem bishigen Inflation Ausdruck gegeben, vorerst nur schüchtern, so auf den Tisch klopfend, aber für den Verständnisigen deutlich genug. Wie es in dem von der Parlamentskorrespondenz ausgegebenen Berichte heißt, warf Doktor Rosche, der selber Industrieller ist, die Frage auf, ob es richtiger sei, die Krone oder die Wirtschaft zu halten, es könne geschehen, daß wir die Stabilität der Krone behaupten, die Wirtschaft aber zugrundegehen lassen. Schon in der künftigen Konstruierung eines Zusammenhanges zwischen den Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Währung und einem möglichen Zugrundegehen der Wirtschaft sowie in der in den Worten Dr. Rosches versteckt enthaltenen Aufforderung, nicht allzu sehr um den Kurs der Krone bemüht zu sein, drückt sich deutlich die Sehnsucht nach einer Inflation aus. Der Finanzminister hat dem inflationsstüchtigen Unternehmervertreter am nächsten Tag die richtige Antwort gegeben, indem er erklärte, die Fragestellung, ob die Krone oder die Wirtschaft gestützt werden solle, treffe nicht den Kern der Sache, da beide auf das innigste miteinander verknüpft sind.

Noch deutlicher ist der deutsche Reichsfinanzminister in der letzten Zeit den weit offener geäußerten Wünschen der deutschen Sämereindustriellen nach einer Währungslenkung entgegengetreten. Deutschland hat eine noch ungleich höhere Zahl von Arbeitslosen als die Tschechoslowakei, dennoch fand Brüning gegenüber dem Ansturm der Inflationisten den Mut, zu erklären, daß in diesem Augenblick das deutsche Volk mehr als je ein Interesse daran habe, seine eigene Währung stabil zu erhalten. Viele Leute hätten gemeint, als das Pfund vom Goldstandard heruntergerückt, nun müßte auch Deutschland einen Dufarentritt machen und die Mark gleichfalls vom Gold abhängen, doch er, Brüning, werde sich bis zum letzten dagegen wehren, irgend eine inflatorische Maßnahme irgend einer Art zu treffen und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, sondern weil er der Ansicht sei, daß die ehrliebe Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz aller Bitternisse wiederhergestellt werden muß.

Wenn England unter dem Druck der Krise mit der Preisgabe des Goldstandards seine bisherige fehlerhafte Währungspolitik

aufgab, weil es nicht mehr imstande war, ihre Kosten noch länger zu tragen, so ist das kein Beweis, daß das Beispiel der Währungspreisgabe auch in anderen Ländern nachgeahmt zu werden verdient, denn die Voraussetzungen und Notwendigkeiten, die in England vielleicht dafür gesprochen haben, treffen anderswo kaum zu. Wenn in Deutschland und neuens, wie es scheint auch bei uns, Unternehmerrisse Verlangen nach einer Inflation tragen, so vor allem deshalb, weil sie damit auf kaltem Wege einen Lohnabbau erzielen wollen, Steigerung ihres Profites durch eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft. Der Finanzminister hat recht, daß Krone und Wirtschaft miteinander aufs innigste verknüpft sind, denn zur Wirtschaft gehören auch die Arbeiter. Die Wirtschaft würde — vielleicht — eine vorübergehende Scheinkonjunktur erleben, für die Arbeiterschaft aber würde die Entwertung der Währung eine Katastrophe bedeuten. Und auch alle sozialen Reintner würden in die ärgste Bedrängnis gestürzt werden.

Was Inflation ist, das hat die Bevölkerung Deutschlands bereits einmal in der ausgiebigsten Weise schauernd erfahren. Die Vorteile, die gewissen Unternehmerrissen daraus winken, sind allerdings verlockend genug, so daß man ihre Begeisterung für sie versteht. Eine Entwertung der Krone würde bewirken, daß sie ihre auf Kronenbeiträge lautenden Bankschulden billig los würden, es würden dadurch auch die Löhne, die Gehälter und die Sozialversicherungsbeiträge automatisch eine Senkung erfahren. Die deutsche Inflation hat es gelehrt, daß die Gewinner immer die Schuldner sind, während gleichzeitig neben den Gläubigern die Gehalts- und Lohnempfänger das Nachsehen haben. Für die Staatsfinanzen bei uns aber hätte die Geldentwertung auch nicht annähernd jene Vorteile, mit denen England zu rechnen Ursache zu haben glaubt und diese Vorteile würden die Nachteile nicht im entferntesten aufwiegen.

Ruhmher der Inflation, wäre nicht der Staat und wäre nicht die Wirtschaft, das wäre nur eine gewisse Schicht der Unternehmer, die Leidtragenden wären die Arbeiter, die Angestellten, die Sozialrentner und die kleinen Sparer. Ein Gelddruck, der die Zahlungsmittel vervielfacht, würde auch die Preise für die inländischen Konsumenten vervielfachen, aber die Arbeit würde dadurch nicht vermehrt werden. Uebrig bleiben würden die Arbeiter und Angestellten mit ihrem alten Lohn und Gehalt, die mit dem Steigen der Preise auch nicht annähernd gleichen Schritt halten würden. Bei einer Inflation würden wir alle spielend leicht Millionäre und Milliardenäre werden können, wie es in Deutschland zur Inflationszeit unheiligen Angedenkens jeder Mensch gewesen ist, nur eben, daß die Besitzer dieser Millionen und Milliarden, deren Wert ihnen unter den Händen zerfließt, mit diesem Inflationsgeld kaum ihren bittersten Hunger stillen könnten.

Die Verkäufer von Arbeitskraft werden sich daher hüten, dem Herrn Dr. Roßche auf dem Wege, den er, voreerst etwas schüchtern, angedeutet hat, zu folgen, denn sie wissen, daß

sie die Fische zu bezahlen hätten, schon darum, weil sie in einer Inflationszeit die letzte Kraft des Widerstandes einbüßen würden, sie wer-

den vielmehr allen solchen und ähnlichen Plänen der industriellen Reaktion schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Wer betrügt die Arbeitslosen um die Unterstützung? Grundlose kommunistische Verleumdungen.

Abgeordneter Japotoch und die verschiedenen kommunistischen Zeitungen bemühen sich krampfhaft, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Manipulationen, die die kommunistischen Gewerkschaften bei der Auszahlung des Staatsbeitrages durchzuführen, abzulenken und anderen Gewerkschaften derartige Machinationen zu unterziehen, wie sie eben nur von den kommunistischen Gewerkschaften, vor allem von dem kommunistischen Industrieverband der Banarbeiter betrieben wurden. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat Japotoch unter Mißbrauch der Immunität gegen den Verband der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie eine Reihe von Angriffen vorgebracht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Die kommunistischen Tageszeitungen, deutsche wie tschechische sowie auch die kommunistischen Gewerkschaftszeitungen bringen seit einigen Tagen wahre Schauerromane darüber, wie in dem genannten Verbands bei der Auszahlung der Unterstützung die Mitglieder betrogen werden. In vier Fällen hat Japotoch Berechnungen angestellt und in keinem Falle sind die Darstellungen Japotochs richtig.

Vor allem sei festgestellt, daß im Verbands jedes Mitglied die Beiträge in der im Regulativ festgesetzten Höhe leisten muß. Wer dies nicht tut oder nicht will, kann nicht Mitglied des Verbandes sein. In den vier Fällen, die in der kommunistischen Presse angeführt werden, handelt es sich um Uebertreter vom ehemaligen Internationalen allgewerkschaftlichen Verband (I.A.B.). Dabei ist vor allem festzuhalten, daß die Banarbeiter im I.A.B. durchwegs niedrigere Beiträge zahlten als sie nun im obigen Verbands zahlen müßten. Bei den im Juni und Juli 1930 stattgefundenen Verhandlungen bezüglich des Uebertrittes der Banarbeitersektion des I.A.B. zu unserem Verband war die erste eigentlich selbstverständliche Bedingung, die unser Verbandsvorstand stellte, daß mit dem vollzogenen Uebertritt jedes Mitglied die in unserem Regulativ festgesetzte Beitragsleistung einzubehalten hat. Wer diese Beiträge nicht zahlen wollte, konnte nicht Mitglied unseres Verbandes werden. Und es sind der Arbeiter nicht wenige, die wegen der „niedrigen“ Beiträge und der „hohen“ Unterstützung zum kommunistischen Industrieverband der Banarbeiter gingen. Alle diese Arbeiter können heute Bilanz ziehen, ob sie beim kommunistischen Verband auf ihre Rechnung kamen. Sie werden vor allem feststellen können, ob sie die „hohe“ Unterstützung tatsächlich erhalten haben.

In den vier Fällen selbst. Als besonders kraß wird der Fall Wenzel Tschler, Aich, dargestellt. „Jude Bravo“ sowie „Vorwärts“ bringen in fastmille folgende Bestätigung:

Bezahlte Beiträge? — Ks 7.50
hat insgesamt Beiträge? — 957
hat im Vorjahr Unterstützung bezogen? und wie lange — Keine
erhält wie lange Unterstützung? — 26
Welchen Betrag erhielt er ausbezahlt? Ks 70.—
Tschler Wenzel.

Wenn er 13 Wochen bezieht, dann erhält er Ks 134.—, bei 26 Wochen Bezug Ks 70.— oder Ks 72.—

Daran knüpfen die Kommunisten folgende Bemerkungen:

Der Arbeiter Tschler bezahlte im Letztenverband Wochenbeiträge zu Ks 7.50. Im ganzen bezahlte er 957 Markten. Die ganze Zeit hindurch bezog er keine Unterstützung. Als er arbeitslos wurde, hatte er nach den Statuten Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung im Betrage von Ks 121.30 pro Woche, für eine Zeit von 24 Wochen. Als er um Unterstützung ansuchte, wurde ihm mitgeteilt, daß er die Unterstützung nur 13 Wochen erhält, und zwar 134 Ks wöchentlich. Falls er jedoch auf den 26 Wochen Unterstützung besteht, erhält er nur 72 Ks wöchentlich. Tatsächlich erhielt er nur Ks 70.— wöchentlich ausbezahlt. Der Staatsbeitrag beträgt Ks 97.04 wöchentlich. Der Verband hat also nicht nur keinen Fester Organisationsbeitrag ausgezahlt, sondern Staatsbeitrag noch Ks 27.— abgezogen. Und zu all dem erhielt dieser Verband vom Sozialfürsorgeamt Ks 55.— aus dem Sanierungsfonds für jedes arbeitslose Mitglied.

Und was sagte dazu der Arbeiter Tschler?:
Aich, den 19. 11. 1931.

Protokoll:

Ich habe vor Wochen meinem Bruder Josef Tschler, Obmann der Gruppe Aich des Industrieverbandes auf Beiträgen mitgeteilt, daß ich Ks 7.50 Beitrag leiste, bisher 957 Beiträge geleistet habe und Ks 70.50 an wöchentlich Unterstützung erhalte. Die Fragen standen auf einem Zettel vorgezeichnet, welchen ich unterschrieb.

Der Schlußsatz, daß mir jemand versprochen hätte, daß ich bei 13 Wochen Bezug Ks 134.—, bei 26 Wochen Bezug Ks 70.— oder Ks 72.— erhalte, war auf diesem Zettel, als ich die Unterschrift leistete, nicht vorhanden. Mir hat niemand seit meinem Uebertritt vom I.A.B. solche Versprechungen gemacht. Aus diesem Grunde konnte ich auch keine solche Äußerung tun.

Ich beziehe jetzt die Unterstützung und erhalte ich wöchentlich Ks 14.10 Verbandsunterstützung und Ks 56.40 an Staatsbeitrag = Ks 70.50 wöchentlich. Diese Unterstützung stimmt mit der 2. Kl. des § 26 unseres Regulativs vom 15. 7. 1930 überein.

Ich bestätige, daß ich ab 27. 12. 1929 durch 26 Tage beim I.A.B. die Unterstützung bezogen habe, es also gar nicht wahr ist, daß ich keine Unterstützung erhielt.

Emil Jäckel m. v. Tschler Wenzel m. g.
Zeugen:
Trapp Adolf, Schilling Andreas.

Wir stellen fest:
1. Unwahr ist, daß Tschler im Vorjahr keine Unterstützung bezogen hat.
Wahr ist, daß Tschler unter Anweisung Nr. 5761 beim I.A.B. vom 27. Dezember 1929 bis 7. Februar 1930 durch 26 Tage Unterstützung

in Gesamtbetrag von 808.88 K bezogen hat. Nachdem Tschler auf Grund seiner Beitragszahl auf mehr als 26 Tage Unterstützung Anspruch hatte, erhielt er von unserem Verband während seiner Arbeitslosigkeit bis zum Ablauf des Unterstützungsjahres weitere Unterstützung auf Grund der Beitragsklasse, die er zur Zeit des Eintrittes des Unterstützungsfalles zahlte.

Mit 16. März 1931 hatte Tschler neuen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, umsoehr aber ist:

2. daß Tschler Anspruch auf eine Unterstützung von 121.50 K wöchentlich hatte.

Wahr ist, daß Tschler Anspruch auf Unterstützung nach dem Durchschnittsbeitrag der letzten vor Eintritt des Unterstützungsfalles gezahlten 22 Wochenbeiträge hatte. Von diesen 22 Beiträgen waren 21 Stück zu 5 K und 1 Stück zu 6.70 K, das ergibt einen Durchschnittsbeitrag von 6 K. Tschler erhielt deshalb die Unterstützung nach der IX. Beitragsklasse, d. i. wöchentlich 14.10 K Verbandsunterstützung und 56.40 K Staatsbeitrag, angewiesen.

3. Unwahr ist, daß der Verband in diesem Falle keine Verbandsunterstützung ausgezahlt und noch 27 K vom Staatsbeitrag abgezogen hat. Wahr ist, daß Tschler seit seinem Uebertritte vom I.A.B. bis zum 16. März 1931 an unseren Verband insgesamt 207.70 K an Beiträgen leistete. Auf den Rest der Unterstützung vom I.A.B. erhielt Tschler von unserem Verband 30.60 K Verbandsunterstützung ausgezahlt. Am 16. März hatte er Anspruch auf 144 Tage à 2.35 K, d. i. 338.50 K, dazu die 30.60 K, die Tschler im Dezember 1930 erhalten hat, macht zusammen 369 K aus. Der Verband zahlt also an dieses Mitglied um 161.30 K mehr an Verbandsunterstützung aus, als das Mitglied an Beiträgen bis zum Eintritt des Unterstützungsfalles an unseren Verband bezahlt hat.

Wer deshalb behauptet, daß der Verband wöchentlich 27 K vom Staatsbeitrag abzieht, verleumdet und lügt bewußt. Abgeordneter Japotoch und ihr Herr Redakteure der kommunistischen Zeitungen, die ihr solche Schauerromane verbreiten, antwortet darauf!!

Die Aussage des Mitgliedes Wenzel Tschler, daß der Nachsatz in dem Fragebogen zu der Zeit, als Tschler diesen unterschrieben hat, noch nicht enthalten war, spricht für sich. Ein Mann, der die Einhaltung eines gegebenen Ehrenwortes genau nimmt, hat eine Schrift, die sehr ähnlich ist. Wer kennt ihn nicht in Aich?

Die Unterstützungsfälle Schramm Wenzel, Hudobovský Jan, Tuleja Stefan, sind ähnlich; wir kommen später noch darauf zurück.

Abgeordneter Japotoch sowie die kommunistischen Redakteure wissen, daß die Veröffentlichungen über angebliche Unzulänglichkeiten bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfundene Märchen sind. Diese Märchen werden auch nicht erzählt und geschrieben, um Mängel und Fehler bei uns aufzudecken, sondern diese Märchen sollen dazu dienen, jener Gattung Menschen, die nicht alle wahr, das Hirn vollständig zu verkleistern und vor der ganzen Öffentlichkeit die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung zu diskreditieren. Wie lange werden sich die kommunistisch eingestellten Arbeiter von den kommunistischen Führern noch an der Nase herumführen lassen?

Joh. Sommer,
Leiter der Unterstützungsabteilung des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie in der Tschechoslowakischen Republik.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

Aber für ihn war es schon eine solche, wenn sie einen Mann nur ansah und vielleicht ein paar belanglose Worte mit ihm wechselte. Das ließ sich bei bestem Willen nicht umgehen.

Kurt hatte anfangs deshalb mit Walter häufig Auseinandersetzungen gehabt. Vor Jenny sprachen sie zwar nicht darüber, aber sie bemerkte, wenn sie ins Zimmer kam, wie die beiden verlegen schnell nach einem anderen Thema suchten. Worüber die beiden gesprochen hatten, war aus dem Vorangegangenen oft nicht schwer zu erraten gewesen.

Ja, in diesem Punkte hatten Walter und Kurt einander nie verstehen können. Aber später sprachen sie nicht mehr darüber. Auch Jenny hatte sich daran gewöhnt, daß sie nur mit Walter und Kurt, der eine Ausnahme bildete, sprechen durfte. Es kam ihr nicht einmal abhand vor, daß sie fast wie eine Gefangene lebte. Ihre Liebe zu Walter überbrückte alles.

Ein schriller Pfiff der Lokomotive rief sie aus ihren Träumen. Jenny fuhr erschrocken zusammen. Sie hatte ganz vergessen, daß sie in der Eisenbahn sah und in das sonnige Italien fuhr.

Was grübelte sie denn heute nur über ihr Leben nach? Was war es denn nur?

Sie zog Kurts Brief noch einmal hervor. War es dieser Brief? Was hatte denn dieses Stück Papier für eine Macht über sie bekommen? Oder war es das bevorstehende Wiedersehen mit dem Jugendfreund? Vielleicht. Aber warum denn nur? Liebt sie ihn denn wirklich?

Sie stellte sich diese Frage schon zum hundertsten Male. Und dann. Liebt sie Kurt sie? Ja, früher einmal. Aber heute? War sein

Brief nicht nur aus Höflichkeit geschrieben? Wie man eben einer guten Bekannten seine Ankunft anzeigt.

Jenny wußte auf alle ihre Fragen keine Antwort. Sie quälte sich nur unaussprechlich und fand aus diesem Chaos keinen Ausweg. Was war denn nur in sie gefahren?

Leise stand sie auf und öffnete ein wenig das Fenster.

Die frische Rafrluft tat ihr wohl. Die heiße Strömung kühlte sich ab. Die verworrenen Gedanken nahmen langsam eine bestimmte Form an.

Was hatte sie nur für Unsinne gedacht? Selbst für den Fall, daß sie Kurt noch immer nicht gleichgültig wäre, daß sie ihm auf seine Frage „ja“ sagen würde, dann war ja noch Erna da. Wie würde die einst diesen Schritt ihrer Mutter aufpassen?

Und wieder verwirrten sich Jennys Gedanken. Zweifel kamen, neue Hindernisse türmten sich vor ihr auf, eine qualvolle Unruhe bemächtigte sich ihrer, und erst, als im Osten die ersten Lichtstrahlen hervorbrachen, löste sie der Schlaf von ihrer Pein.

v.

Der erste Schultag war vorüber. Aus allen Klassen, von der Prima bis zur Oktava, standen die Schüler plaudernd auf den Gängen und allmählich erst wurde es ruhig in dem großen Hause.

Zwei Monate war es hier still und öde gewesen. Heute feierte das Leben wieder seinen Einzug, das Leben mit seinem ewig wechselnden Glück und Leid. Aber das spürten die Schüler am ersten Schultag noch nicht, sie hatten heute noch die Ferien im Blut, sie erzählten einander alle Erlebnisse, die sie während der zwei Monate gehabt hatten, und an die unmittelbare Zukunft dachte wohl niemand von ihnen. Zumindest die jüngeren nicht.

Franzl stand abseits von allen. Er war hier fremd. Die erste Klasse des Gymnasiums war zwar sehr bunt zusammengewürfelt, aber es gab dort doch niemanden, der nicht mindestens einen gewissen Mitschüler oder einen Freund entdeckt hätte. Franzl war der einzige.

Er hatte sich das Gymnasium anders vorgestellt, ganz anders. Wie, das wußte er selbst nicht, er fühlte nur eine bittere Enttäuschung. In allem.

Nicht nur in der Schule. Auch die Stadt hatte er sich anders vorgestellt. Er kam sich verlassen vor.

In Hause hatte ihn jeder, wer immer es gewesen war, zumindest freundlich angelächelt, hier hasteten die Menschen an ihm vorüber, stießen ihn zur Seite, sahen ihn gar nicht.

Er konnte nicht aufsprechen, was ihn unglücklich machte, er wußte keine Worte dafür, was jetzt wohl die Seinen zu Hause machten.

Ueberhaupt dachte er jetzt häufiger an das kleine Dorf, aus dem er sich so fortgesetzt hatte. Er hatte es jetzt ganz anders in Erinnerung als einst, es schien ihm beinahe schön im Vergleich zu dieser großen Stadt. Und dann gefiel ihm wieder die große Stadt.

Für das Geld, das ihm der Vater beim Abschied gegeben hatte, hatte er sich eine Studentenfürche für die Strahndahn gekauft und befand sich nun während seiner ganzen freien Zeit auf Entdeckungstreffen. Dabei vergaß er auf vieles.

Aber abends, wenn er heimkam, überfiel ihn wieder jene Traurigkeit, die ihm oft die Tränen in die Augen trieb.

Franz Lang war sehr nett zu ihm. Und Herr Lang auch. Sie bemühten sich, ihm das Heimweh zu vertreiben, sie unterhielten sich mit ihm, liehen ihm Bücher, kurz, Franzl konnte alles haben, was er nur wollte.

Herr Lang kannte jede Lebenswürdigkeit der Hauptstadt. Eines Sonntags forderte er

Franzl auf, ihn auf einem Spaziergang zu begleiten. Freundlich willigte Franzl ein. Das war etwas nach seinem Geschmack. Durch die Strahlen gaben, Neues sehen, Unbekanntes kennenlernen.

Herr Lang war Mitglied eines Volksbildungsvereines, der öfters Exkursionen verschiedener Art unternahm.

An diesem Sonntag sollte die drasilose Station beschäftigt werden. Als Franzl von diesem Plan hörte, war er begeistert. Endlich sollte er das Geheimnisvolle, von dem er schon so viel gehört hatte, mit eigenen Augen sehen.

Zwei turmhohle Masten, zwischen denen Drähle gespannt waren, waren schon von weitem sichtbar. Langsam stieg der Weg zu der kleinen Anhöhe an. Franzl wäre am liebsten allen vorgeeilt, so ungeduldig war er schon. Mit unzähligen Fragen bestimmte er Herrn Lang und bekam bereitwilligst auf alles Auskunft.

Es war erstaunlich, was für eine Geduld Herr Lang hatte und mit welchem Verständnis er auf die ausgefallensten Fragen antwortete. Er schien alles zu wissen, alles zu kennen.

Endlich war man oben angelangt. Ein im Vergleiche zu den riesigen Masten verschwindend kleines Häuschen barg alle Geheimnisse in sich. Dorthinein würde man jetzt gehen.

Franzl klopfte das Herz stärker, als er in einem kalten, weißgetünchten Raum die großen Maschinen sah, die leise ihr geheimnisvolles Lied der Kraft kummeten. Wie unbedeutend waren alle Menschen, wenn man sie mit diesen Maschinen verglich, die da säwene, eiserne Räder in rasendem Wirbel drehten.

Über das Wunder kam noch. Die kleine Tür, die die Besucher noch davon trennte, wurde geöffnet.

Eine mit Elektrizität geladene Luftpumpe erfüllte dieses Zimmer. Es war fast beängstigend.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kommunisten rufen: Haltet den Dieb!

Die Bürgerlichen machen ihnen die Mauer.

Es ist begreiflich, daß die Kommunisten vor Zut aufheben, weil das Ministerium für soziale Fürsorge die unläutersten Manipulationen ihrer „roten“ Gewerkschaften mit der Arbeitslosenunterstützung nicht dulden will. Systematisch haben sie ihre eigenen Mitglieder bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung um den Gewerkschaftsbeitrag betrogen, und da nun das Ministerium für soziale Fürsorge den Betrag festgestellt hat und daraus die Konsequenzen zieht, zu denen es nach dem Gesetz ganz einfach verpflichtet ist, schreiben die Kommunisten, deren revolutionäre Bittgänge begrifflicherweise erfolglos bleiben mußten, über Verleumdung und mißhandeln dem Genossen Ezech den Rand an den Arbeitslosen anlasten, den sie selbst begangen haben.

Ein ganz besonders perfides Stück leisten sie sich in dieser Heftkampagne mit folgender Resolution, die augenscheinlich auf zentrale Wirkung, in verschiedenen Gemeindevertretungen eingebracht wurde:

Der tagende Gemeinderat protestiert gegen die durch das Ministerium für soziale Fürsorge verhängte Einstellung der Refundierung der bereits durch den Industrieverband der Textilarbeiter ausbezahlten Staatsbeiträge zur Arbeitslosenunterstützung, da er darin eine große Ungerechtigkeit gegen die arbeitslose Mitgliedschaft der oben genannten Organisation erblickt. Nachdem vor allem die deutschen Industriegebiete von der bestehenden Wirtschaftskrise am schwersten betroffen sind und die oben genannte Organisation ihren Hauptbestand an Mitgliedern gerade in Nordböhmen aufweist, werden von dieser Maßnahme des Ministeriums in erster Reihe deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, die aus Überzeugung der oben genannten Organisation angehören. Der Gemeinderat fordert, daß das Ministerium die vom Industrieverband der Textilarbeiter ausbezahlten Staatsbeiträge refundiert und diesem Verband auch den ihm zustehenden Betrag aus dem Sanierungsfonds des Fürsorgeministeriums übermittelt, damit auch er genau wie die anderen Organisationen die volle Arbeitslosenunterstützung erhalten kann. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, daß das bestehende Genet System als Unterstüßungsgrundlage vollkommen unzureichend ist, da nach demselben nur die organisierten Arbeitslosen für eine beschränkte Zeit eine Unterstüßung erhalten können, während die unorganisierten Arbeitslosen der Gemeinde zur Last fallen, weshalb das Genet System abgeschafft und eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung für alle Opfer der Wirtschaftskrise in der Höhe von 15 K pro Tag auf Kosten des Staates eingeführt werden soll.

Man ist im Zweifel, ob man mehr die Unberücksichtigung oder die Verlogenheit dieser Entscheidung beklagen soll, ob man sich mehr über die Frechheit der Kommunisten, oder über die Demagogie der bürgerlichen Parteien wundern soll, die solchen Resolutionen da und dort zur Annahme verhelfen.

Die können die kommunistischen Gewerkschaften einen Staatsbeitrag verlangen, wenn sie keine Gewerkschaftsunterstützung auszahlen?

Wo kein Grundbeitrag ist, da kann es auch keinen Beitrag dazu geben. Noch unglücklicher ist die Unberücksichtigung, mit der die Kommunisten einen Beitrag aus dem Sanierungsfonds verlangen. Abgesehen von dem eigenartigen Humor, mit dem diese Staatsgegner sich um staatliche Unterstüßungen bewerben, kann doch eine Sanierung des Arbeitslosenfonds nur dort erfolgen, wo es einen solchen Fonds gibt, der durch übermäßige Inanspruchnahme infolge der großen Arbeitslosigkeit notwendig geworden ist. Da aber die „roten“ Gewerkschaften keine Gewerkschaftsunterstützung zahlen, kann also von einer Belastung, und gar einer übermäßigen, ihrer Arbeitslosenfonds keine Rede sein.

Freilich behaupten die Kommunisten, daß alle Gewerkschaften jene Manipulationen begehen, von denen Herr Japotoch im Budgetausschuß selbst, mit einer allerdings etwas beschönigenden Wendung zugestanden hat, daß sie eine „Umgehung“ des Gesetzes bedeuten. Aber diese gelungene Verteidigung des Betruges mit angeblichen Betrügereien anderer ist dem Herrn Japotoch auf der Stelle vom Genossen Ezech widerlegt worden. Genosse Ezech hat an Hand ganz konkreter Daten festgestellt, daß Gewerkschaftsverbände aller Richtungen revidiert worden sind, daß die „roten“ Verbände dabei sogar zulezt an die Reihe kamen und daß eine Einstellung des Staatsbeitrages — besser gesagt die vorläufige Einstellung der Refundierung, denn die endgültige Entscheidung liegt nach dem Gesetze beim Ministeriat — nur dort erfolgte, wo eben Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, die im Wesen einen Betrag an den arbeitslosen Mitgliedern bedeuten.

Daß von einer Verleumdung der Kommunisten gar keine Rede sein kann, geht schon daraus hervor, daß die Revision ganz gleichmäßig bei Verbänden aller Richtungen vorgenommen wurde.

es ergibt sich aber vor allem aus der Tatsache, daß der kommunistische Bergarbeiterverband und der kommunistische Metallarbeiterverband, bei deren Revision kein Betrag festgestellt wurde, nicht nur die Refundierung, sondern auch ihren Anteil an den Sanierungsbeiträgen genau nach der Zahl der von ihnen verrechneten Unterstüßungsfälle erhalten haben. Es geht also nicht gegen Kommunisten

wegen ihrer Überzeugung, sondern einfach gegen Betrüger.

Daß die bürgerlichen Parteien vielfach bereit sind, den Kommunisten den Rücken zu decken, ist bis zu einem gewissen Grade verständlich. Handelt es sich doch um eine Kampagne gegen einen sozialdemokratischen Minister und im Haffe gegen die Sozialdemokratie sind Kommunisten und Bürgerliche immer einig.

Die Kommunisten haben den Bürgerlichen die Einheitsfront überdies mundgerecht gemacht. Fordern sie doch die Arbeitslosenunterstützung auf Kosten des Staates, nur des Staates, die Unternehmer sollen verschont bleiben. Dazu geben sie der Sache noch einen nationalen Anstrich, was Wunder also, daß das Bürgertum zugreift. Dennoch wird man sich merken müssen, daß die Bürgerlichen in den Gemeindestuben das Genet System durch eine ausgiebigere Unterstüßung ersetzt sehen wollen, während sie im Parlament gegen die Arbeitslosenversicherung eintreten, in der Presse eine ununterbrochene Heße gegen die „Verschwendung“ mit Arbeitslosenunterstützungen betreiben und in der Regierung sich die Beiträge für die Ernährungsaktion Monat für Monat mühsam abringen lassen!

Es ist also eine feine Gesellschaft, die sich da wieder einmal in trautem Verein gegen die Sozialdemokratie zusammengefunden hat. Aber die

Erkönig Alfons geächtet.

Madrid, 20. November. Die Kammer hielt unter großer Beteiligung eine Nachsitzung ab, die sich mit dem Prozeß gegen den gewesenen König Alfons XIII. befaßte. Die Anklageurkunde beschuldigt bekanntlich Alfons des Sohnes der Krone, dessen er sich gegen das spanische Volk dadurch schuldig gemacht habe, daß er die Verfassung gewaltsam verletzten. Die Parlamentskommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit für das gewesene Regime, die die Rolle des Anklägers spielte, beantragte, Alfons aller Rechte und Titel sowie seines Eigentums in Spanien für verlustig zu erklären und ihn lebenslanglich des Landes zu verweisen.

Der Verteidiger Alfons, der Außenminister im letzten monarchistischen Kabinett, Graf Romanones, suchte in längerer Rede die persönliche Verantwortlichkeit des Königs zu mindern. Er erklärte, daß der Prozeß mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Angeklagten und dessen Unmöglichkeit, sich zu verteidigen, illegal sei. Er gab zwar zu, daß die Verfassung gewaltsam verletzt wurde, versuchte jedoch darzutun, daß der König dem Einflusse des Diktators Primo de Rivera stark unterlegen sei.

Der Vorsitzende der Untersuchungskommission wies in seiner Replik die Behauptung, daß

Der Klassenverrat der Kommunisten

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ nimmt in einem Artikel zu derselben Frage Stellung, mit der wir uns auch in unserem Beitrag „Die gelbe Komintern“ befaßt haben. Sie geht von der Antwort der KPD an die Sozialdemokraten aus und schreibt:

Trotz, nicht gerade der schlechtesten marxistischen Revolutionär, hat nach dem kommunistischen Volksentscheidungsbeschluss in einer glänzenden Analyse gezeigt, wie dumm, gefährlich, ja verbrecherisch das kommunistische Verbrechen sozialdemokratischer Faschismus sei und überdies wiewelch wesentlicher Unterschied zwischen dem „Brüning'schen Faschismus“ und jenem Hitlers besteht. Der „Brüning'sche Faschismus“ läßt wenigstens den demokratischen Kampfboden der Arbeiterklasse ungeschädigt. Er läßt den Arbeitern noch die Freiheit, sich ihren Aufstieg zu erkämpfen. Was der Hitler'sche Faschismus ist, das zeigt Italien. Dort hat der Faschismus den Arbeitern nur mehr die Augen gelassen, um zu weinen — der Mund ist geknebelt, die Arme sind gefesselt, nur noch aus Wästen und Hüften kann dort das Wort der Freiheit erklingen. Ja, die deutsche Sozialdemokratie hat, um dieses Verhängnis abzuwehren, den Brüning toleriert; sie hat das kleinere Übel dem geschichtlichen Unglück vorgezogen, das die deutsche Arbeiterklasse um ein halbes Jahrhundert zurückwerfen könnte. In diesem Kampf um die wirklichen Lebensinteressen des deutschen — und nicht allein des deutschen! — Proletariats opfert sie sich heroisch an. Dabei mag das kommunistische Parteigefühl geblieben. Die Distanz eines „Sowjetdeutschlands“ ist romantischer als das nüchterne Ringen um Verbesserungen von Notverordnungen. Aber im Kampfe gegen die so drohend heranrückende Gefahr des Faschismus ist nicht mehr die Partei die Frage — es geht um die Klasse, um die Arbeiterklasse, um Leben und Tod des deutschen Sozialismus! Die Kommunisten aber haben nur ihre Partei, die an dem sehr unpopulären Kampf der Sozialdemokratie für die Behauptung der Demokratie profitiert. Wer aber in dieser Stunde geschichtlicher Entscheidung die Klasse erbärmlichen Parteinteressen opfert, begeht ein unerbittliches Verbrechen am Proletariat.

denkende Loyalität, vor allem die Arbeiteröffentlichkeit wird sich durch derlei Täuschungsmanöver nicht hinführen lassen. Auch nicht durch die scheinheilige Aufmachung der Resolutionen, die es vermeiden, von einer Schädigung der Gewerkschaften zu sprechen und die bereits von ihrer „revolutionären“ Organisation um den Gewerkschaftsbeitrag betrogenen Arbeitslosen vorschreibt. Denn erstens fallen auf die rote Textilgewerkschaft nur 2,7 Prozent aller Unterstüßungsfälle in der Textilindustrie. Zweitens haben diese Arbeitslosen ja den Staatsbeitrag — aber nur diesen — bereits erhalten, sind also durch die Verweigerung der Refundierung nicht geschädigt, wohl aber durch das Vorgehen ihrer eigenen Organisation. Drittens können sie die Unterstüßung jederzeit weiter erhalten, wenn sie den berufsuntätigen Schwindlern, die ihnen den Gewerkschaftsbeitrag vorenthalten haben, den Rücken kehren und sich einer wirklichen Gewerkschaft, einer freien Gewerkschaft anschließen, die ihre Pflichten gegenüber den Mitgliedern erfüllt.

Unsere Genossen werden die Aufgabe haben, überall dort in den Gemeindestuben, wo die Kommunisten noch mit ihren Schwindlungsaktionen kommen werden, den wahren Tatbestand aufzudecken, den kommunistischen Betrug rückwärtslos zu enthüllen und die Arbeitslosen darüber aufzuklären, daß ausschließlich die Kommunisten dafür verantwortlich sind, wenn sie zu Schaden kommen. Wenn unsere Genossen diese notwendige Klärungsarbeit besorgen, werden sie nicht nur der Partei, sondern vor allem auch den Arbeitslosen einen guten Dienst erweisen.

der König dem Einflusse de Riveros unterlag, zurück. Im Gegenteil, erklärte er, habe der König infolge der „Sucht nach persönlicher Macht“ den General de Rivera angepörrt, den Umsturz im September des Jahres 1923 zu proklamieren.

Die Nachsitzung der Cortes war um vier Uhr früh beendet, nachdem vorher durch Juris eine Urteilsformel angenommen worden war, die von derjenigen wesentlich abweicht, die die ursprünglich mit der Feststellung der Verantwortlichkeit des früheren Königs betraute Kommission aufgestellt hatte.

Nach dem neuen Urteilspruch wird der ehemalige König Alfons des Hochverrates für schuldig erklärt und ihm vorgeworfen, daß er seine Machbefugnisse unter Zwiderhandlung gegen die Verfassung des Staates ausgeübt habe. Der Oberste Gerichtshof der Nation erklärte ihn deshalb als

außerhalb des Gesetzes stehend.

Der frühere König verliert daher alle Ansprüche auf seinen Besitz. Dieser geht in das Eigentum der Republik über. Jeder spanische Bürger kann ihn verhaften, falls er wieder spanischen Boden betreten sollte.

Gegen die politische Verhekerung.

Neue Maßnahmen des preussischen Innenministeriums.

Berlin, 20. November. Durch einen Rundschreiben des preussischen Innenministers werden die Polizeibehörden angewiesen, Versammlungen, in denen — wenn auch in verschleierte Form — zu Gewalttätigkeiten aufgerufen oder angereizt wird, sofort aufzulösen. Versammlungen, bei denen die Beförderung solcher Verstöße besteht, sind vorbeugend zu verbieten.

Zwei Polizeiverordnungen verbieten unter Androhung von Strafe die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Waffen an Personen unter Zwanzig Jahren sowie die Veranstaltung von Gelände- und Ordnungübungen, Vorbereitungen dazu und alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel in der Zeit von 17 bis 7 Uhr.

Exekutionsvereitelung.

Wien, 20. November. In Mondsee (Oberösterreich) haben gestern bewaffnete Bauern eine Exekution wegen Steuerrückstände mit Gewalt verhindern können. Die alarmierten Gendarmerieabteilungen konnten gegen die Bauern nichts unternehmen. Sie erreichten, daß keine Pfändungen vorgenommen wurden. Der Exekutor selbst mußte den Ort verlassen.

Pariser Kammer gegen Bata.

Paris, 20. November. Die Kammer hat heute mit 349 gegen 16 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, mit welchem die Zölle auf Schuhe erhöht und spezifische Zölle mit einem Minimum von 25 Prozent abvalorem eingeführt werden.

Der Berichterstatter erinnerte an die aus der ausländischen Konkurrenz, namentlich seitens der Tschechoslowakei, entstehende Gefahr. Es sei notwendig gewesen, schnell an den Schutz der französischen Schuhindustrie durch eine Zollserhöhung zu denken, denn in Paris würden bereits Verkaufsstellen für in großer Menge eingeführte ausländische Bata-Schuhe errichtet.

Für die Herabsetzung des Militärbudgets.

Eine tschechisch-nationalsozialistische Stimme.

„Cesta Slovo“, das Zentralorgan der tschechischen nationalsozialistischen Partei, veröffentlicht einen Artikel seines volkswirtschaftlichen Redakteurs Jiri Sedja über „Notwendige Sparmaßnahmen“, in welchem unter anderem ausgeführt wird:

Im Motivenbericht des Finanzgesetzes berechnet das Eisenbahnministerium, um wieviel im Jahre 1930 billiger eingekauft werden konnte. Man ersparte bei Kupfer 15,3 Prozent, bei Zinn 26,7 Prozent, bei Benzin und Petroleum 10 Prozent, bei Zellen 19 Prozent, bei Weichholz 8 Prozent, bei Zetrix 23 Prozent usw. Leider finden wir eine ähnliche Berechnung nicht im Voranschlag des Ministeriums für nationale Verteidigung, welches, wie es scheint, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, daß die Preise aller Arten von Lebens- und Futtermitteln sowie Textilien gestiegen sind und daß auch die Ausrüstung sich verbilligt hat. Wir wollen der Nationalverteidigung nicht nehmen, was ihr gebührt, glauben aber, daß wir heute den Kampf auf einer anderen Front führen und daß dieser Kampf gleichfalls ein solcher um die Existenz unserer Nation und unseres Staates ist. Wir bezweifeln, daß irgendeine unmittlere Kriegsgefahr besteht. Von den Zeiten Montecautis, der, wie bekannt, das Wort prägte, daß man zum Kriegsführen nur drei Dinge braucht, nämlich Geld, Geld und wieder Geld, hat sich bis heute nichts geändert. Weil wir aber wissen, daß unsere Nachbarn sehr wenig Geld haben, kann man annehmen, daß auch ihre kriegerischen Gelüste beschränkt sein werden. Schließlich Straßen und Eisenbahnen — das bedeutet auch Verteidigung des Staates; vielleicht wäre es also möglich, was am Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung erspart wird, für Investitionsarbeiten, welche Arbeitsgelegenheiten bedeuten, zu verwenden.

Der Gedanke der Planwirtschaft auf dem Marische.

In der letzten Nummer der „Prítomnost“ befaßt sich J. A. Munk mit den gegenwärtig in Amerika herrschenden wirtschaftlichen Anschauungen:

„Hier in Amerika hat die Planwirtschaft rasche Karriere gemacht. Vor einem Jahre konnte sie sich noch nicht in anständige Gesellschaft wagen. Wer von ihr sprach, wurde als mehr denn ein Halbblut angesehen und war auf jeden Fall verdächtig. Und plötzlich, was sehen wir? Es sprechen von ihr Menschen, die so wenig verdächtig sind, wie Owen D. Young, einer der Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten im künftigen Jahr. Es spricht von ihr Herr Zwope, der Vorsitzende der General Electric und es klingt unglaublich — schließlich würdige Funktionäre der Handelskammern der Vereinigten Staaten. Auf den Universitäten sind große graphische Karten des russischen Fünfjahresplanes aufgehängt, in Zeitungen, Zeitschriften und in einem Haufen neuer Literatur schreibt man von der Planwirtschaft.“

Kapitalnecht Faschismus.

Der Berliner „Vorwärts“ vom 15. November schreibt:

„Während die Goebbels, Straßer und Co. den nationalsozialistischen Arbeitern erzählen müssen, daß die Hitler-Partei nichts mit der sozialen Reaktion zu tun habe, reißt Herr Gottfried Feder im Auftrag von Hitler im Lande umher, um die soziale Reaktion der Bundestreue Hitlers zu verstärken und dabei das Geld der Scharfmacher loder zu machen.“

Am 23. Oktober sprach er in Essen auf einer „Wirtschaftskonferenz“ vor der Auslese der Scharfmacher. Es nahmen an der Konferenz teil:

Bankdirektor Hoffmeister, Hamborn; Direktor Kiedel, Essen; Direktor Storkbaum, Essen; Profurist Lang, Oberhausen; Brauereidirektor Gr. Rose, Essen; Generaldirektor Wiktott, Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsposten; Direktor Wener, Oberhausen; Doktor Dolthöfer, Oberhausen; Tengelmann aus Dortmund, einer der verhafteten Schwerindustriellen; Freiherr v. Loß, Essen; Direktor Kuhn, Essen; Oberbaurat Swirzeln, Oberhausen; Bergwerksdirektor Beckmann, Essen; Generaldirektor des Bodamer Vereins“ Rose, Essen; Major v. Hollisch, Hamborn; Generaldirektor Wiemader.

Wer zweifelt noch, daß die ganze Partei des Herrn Hitler eine einzige große gelbe Bewegung ist, die von den Scharfmachern befaßt wird, damit sie die Arbeiterorganisationen bekämpft?

In der am Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Graz beschlossenen Resolution heißt es sehr richtig: „Der Faschismus ist nichts anderes als der Versuch der Kapitalisten und Aristokraten, den Groll der durch die Krise des Kapitalismus verelendeten Massen vom Kapitalismus abzulenken. Der Parteitag fordert die Arbeiterklasse auf, jeden neuen Versuch des Faschismus, die Demokratie gewaltsam zu beseitigen, die Gewalt der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, um mit den faschistischen Landstuchtskapitalistischer und aristokratischer Dienstherren fertig zu werden.“

Tagesneuigkeiten

Krieg im Osten.

Von Hans Bauer.

Im Osten brennt es lichterloh, Kanone brüllt. Der Frontzug rätzelt. Das Rahmentuch des Todes flattert. Die Kommandeure wolkens so.

Die Schlacht schreit auf. Der Streit tobt heiß. Soldaten stehen lampförmig. Worum es geht: ob sie es wissen? Ob sie ihren Teller Reis?

Es klingt in unser Ohr nur matt Der Ruf der ferneren Generale. Und doch steht klar vor unsrer Seele. Was es um alles auf sich hat.

Es geht ein Seufzer durch die Welt Und alles lösmische Gelände. Wenn durch des Menschenbruders Hände Auch nur der ärmste Auli fällt.

Erfolgreiche Werbung für die „Unzufriedene“.

Mit Genugtuung können wir berichten, daß unser Aufruf, an der Werbeaktion für „Die Unzufriedene“ teilzunehmen, nicht ungehört verhallt ist. Alle unsere Genossinnen und Genossen, denen Werbenummern zugewandt sind, haben nach Kräften versucht, Abonnenten für das Blatt zu finden. Die meisten haben es mit zufriedenstellendem Erfolg getan. Es ist ihnen gelungen, das Blatt in einzelnen Exemplaren auch in jenen Orten zu verbreiten, in denen bisher eine proletarische Frauenzeitung noch keinen Eingang gefunden hatte. Bestenfalls ist als ganz besonderer Erfolg zu buchen und kommt der richtigen Lösung der Aufgabe, die unsere „Unzufriedene“ erfüllen soll, gleich: Eroberung der indifferenten Frauenmassen am Lande und in der Stadt. Unsere Genossinnen und Genossen werden, so wie sich bei dieser ersten Werbeaktion für die Unzufriedene betätigten, auch an ihrer weiteren Vorbereitung arbeiten und daneben doch noch die notwendige Zeit finden, der Agitation für unsere Parteipresse und der Mitgliederwerbung entsprechendes Augenmerk zu widmen. — Bestellungen für „Die Unzufriedene“ sind direkt an die Verwaltung, Prag II., Refazanka 18, zu richten.

Wieder eine antifaschistische Bombe.

Philadelphia, 20. November. (Reuter.) Vor dem Sitz des italienischen Generalkonsuls, des Marchese Ferrante, explodierte heute eine Bombe. Die Explosion war ungewöhnlich heftig und verursachte beträchtlichen Schaden. Die Polizei glaubt, daß es sich um einen antifaschistischen Anschlag handelt. Der Marchese soll heute nachmittags den italienischen Außenminister Grandi bei seiner Ankunft in New York begrüßen.

Bürgermeister und Abgeordneter als Chefs einer Schmugglerbande.

Rom, 20. November. Nachforschungen der Polizei in der Grenzstation Bellinzona haben die Existenz einer weitverzweigten Organisation für Kokainsmuggel an der italienisch-schweizerischen Grenze aufgedeckt. Der Führer dieser wohlorganisierten Schmugglerbande war der Bürgermeister von San Antonio, weiter stand auch der Abgeordnete des Kantons Tessin, Bajetti und ein Italiener namens Gaio an der Spitze dieser gutorganisierten Schmugglervereinigung. Gaio beförderte stets die Kokainsendungen nach Italien.

Umweit von Como kam es zu einem schweren Kampf zwischen Gendarmen und Mitgliedern dieser Bande. Einer der Schmuggler wurde bei dem Kampfe erschossen.

Malversationen eines Pardubitzer Stadtrats.

Der von der tschechischen Gewerkschaft in den Stadtrat entsandte Kaufmann Chmelik, welcher Referent für das städtische Verordnungsunternehmen war, benötigte diese Funktion, wie jetzt festgestellt wurde, dazu, um namhafte Beträge in seine eigene Tasche stecken zu lassen. So bezog er zum Beispiel 6700 K als Anzahlung für ein Auto des Verordnungsunternehmens und behielt, als es zum Kaufe nicht kam, das Geld für sich. Rechnungen für sein Geschäft ließ er von der von ihm geleiteten Anstalt zahlen, ebenso die Rechnung für sein Privattelefon. Auf dieselbe Weise verfuhr er mit Rechnungen für Kohle und andere Waren, die er in seinem Geschäft brauchte. Chmelik gestand diese Unterschlagungen ein und erstattete 18.000 K zurück, womit der Schaden nur zum Teil gedeckt ist. In der letzten Sitzung des Pardubitzer Stadtrates wurde beschlossen, die Strafanzeige gegen Chmelik zu erheben.

Die Durchführung der Notstandsarbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zum Schlusse des Jahres. Bei der steigenden Arbeitslosigkeit bedeuten die Notstandsarbeiten in der letzten Zeit in vielen Gegenden fast die einzige Möglichkeit zur Unterbringung der Arbeitslosen. Nachdem jedoch die für diese Arbeiten vom Ministerium für soziale Fürsorge aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge bewilligten Beiträge — falls sie nicht verfallen sollen — nach dem Art. XVIII, Abs. 1, des Fin.-Ges. Nr. 87 oi 1930,

Die Begünstigungen für Winterportler auf den Eisenbahnen.

Das Eisenbahnministerium hat mit Erlaß Nr. 46.918-II-3 1931 vom 2. November 1931 den Winterportverbänden, so auch dem Verband für Arbeiter-Winter-Touristik, Sig Prag II. (Svaz proslavnicko zimni turistik, sldlo v Praze) welchem die Naturfreunde und der Svaz sl. turisticko turistu angehören, die Begünstigung des Besuges von Relationskarten erneuert.

Die Begünstigung beginnt am 15. November 1931 und endet mit 30. April 1932. Sie besteht darin, daß jedes Mitglied bzw. Inhaber der Naturfreunde-Legitimation, welche mit Beitragsmarke, Lichtbild, Unterschrift, Eisenbahnkontrollmarke 1931-1932 und entsprechender Abbestempelung versehen ist, bei der Stationskassa sogenannte Relationskarten lösen darf. Relationskarten werden nur nach bestimmten Stationen des Winterportgebietes herausgegeben und sind um 33 Prozent billiger als die normale Fahrkarte; sie berechtigt zur Hin- und Rückfahrt.

Für die heurige Saison ist neu, daß eine Fahrunterbrechung (woher hin noch zurück) nicht anerkannt wird und der Betroffene den vollen Fahrpreis bzw. den doppelten Fahrpreis laut Dienstvorschrift bezahlen muß.

Relationskarten auf Strecken bis 50 Kilometer gelten für die Rückfahrt nur drei Tage, über 50 Kilometer dagegen 14 Tage. Für derartige Strecken kann auch die Schnellzugzuschlagskarte (um ein Drittel billiger) gelöst werden.

Wichtig: Fahrkarten, welche am Tage der Abfahrt nicht den feuchten Datumstempel gleichen Tages haben, sind ungültig; bei Revisionen werden Reisende mit derartigen Fahrkarten, oder ohne Ausweis, mit dem doppelten Fahrpreis belegt. Bei der Rückfahrt bezahlt dieser Reisende beide Fahrten doppelt, sollte er keine normale Fahrkarte besitzen. Reklamationen in diesen Angelegenheiten werden seitens des Eisenbahnministeriums nicht erledigt.

Mitgliederlegitimationen, welche stark beschädigt oder älter als drei Jahre oder sonst nicht vollkommen in Ordnung sind, werden nicht anerkannt. — Fahrkarten können auch einen Tag vor der Abfahrt an der Kassa bezogen werden, doch muß der Datumstempel vom nächsten Tag d. i. vom Tag der Abfahrt, verlangt werden; für die Richtigkeit des Datumstempels ist nach Übernahme der Fahrkarte nur der Käufer verantwortlich. — Eine

nicht benötigte Fahrkarte kann nach den geltenden Bestimmungen zurückgegeben werden.

Aufgehoben wurde die Begünstigung der Gruppenfahrten auf Grund der Winterkontrollmarke; es muß also in solchen Fällen die sogenannte Sommermarke in allen Legitimationen gelbtekt sein.

Inhaber des Ausweises für Staatsbeamte müssen die Mitgliederlegitimation der Naturfreunde vorweisen, wenn sie Relationsfahrkarten beziehen wollen; dieselbe braucht mit keiner Kontrollmarke versehen sein. — An jenen Tagen, an welchen der Sportzug Prag — Riesengebirge fährt, gelten die Reklamationen weder hin noch zurück nicht! Die Fahrkarten für diesen Sportzug werden schon ab Montag, also die ganze Woche verkauft. Zum Ankauf der Fahrkarten für diesen Sportzug ist keine Mitgliedskarte notwendig. (Ratfor.)

Arbeiter-Winter-Touristik.

In allen Bezirken der Naturfreunde werden Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene vorbereitet, zum Teil sind sie bereits angefaßt. — Das 3. internationale Treffen der Arbeiter-Winter-Touristen findet am 14. bis 15. Feber in Eisenstein statt. Die Führung haben die tschechischen Arbeiter-Touristen in Wilsen. Vorgelesen sind Langlauf, Skilomlauf, Fruchsjagd. — Ein Gau-treffen größeren Stiles wird am 7. Feber in Celadno, Beskiden, stattfinden. Standplatz das Naturfreundehaus. Ein Bezirkstreffen Nordwestböhmens findet am 7. Feber in Rollendorf statt. Standplatz Naturfreundehaus. Die Brüner Winter-Sektion der Naturfreunde hat vorgesehen: Sigmundskurs, Winterurlaubsreisen in die Alpen (Preisloge von 450 bis 625 Kronen), Weihnachtssahrt in das Gebiet des Spiegeläcker Schneberg, ein Sporttreiben im Feber, allsonntägliche Autobusfahrten ins nächste Skigebiet.

Die Kuffiger Gruppe veranstaltet schon im Dezember Skikurse in Rollendorf. — Der Film „Der schönste Sport“, ein Eisfahrtsfilm, wird den Gruppen angeboten. Interessenten schreiben an das Referat nach Prag. Radiovortrag über Arbeiter-Winter-touristik am 25. November abends in der Proger deutschen Sendung. (Ratfor.)

Schäden durch Militärübungen. Wie uns aus B.-Leipa gemeldet wird, wird eine Abordnung von Landwirten aus Altsiepa beim dortigen Garnisonskommando dagegen Protest erheben, daß die Übungen der Leipziger Garnison auch Saatfelder als Aufmarsch- und Uebungssterrain benützt werden, wodurch der Landwirtschaft bedeutende Schäden entstehen.

Geschäft über alles. Der Hugenberg-Abgeordnete Quaaß wurde kürzlich in Salzwedel, als er über „nationale Selbsthilfe“ sprach, von einem Versammlungsbesucher gefragt, wie es sich mit nationaler Selbsthilfe verhalte wenn die Blätter des Hugenberg-Konzerns große Anzeigen ausländischer Schuhfabrikanten veröffentlichen. Herr Quaaß antwortete darauf mit dem klassischen Satz: „Er verstehe nicht, was Hugenberg mit den Inzeraten des Scherlverlages zu tun habe. In dem Geschäft gebe es Unterschiede nicht.“ Das Nationale hört also beim Hugenbergkonzern sofort auf, sobald ausländisches Geld im Kasten klingelt!

Aus dem Fenster gesprungen. In Eichwald bei Leplitz sprang die Oberlehrerwitwe Rosa Diesel, die seit dem Tode ihres Gatten und ihrer Tochter schwermütig ist, aus dem Fenster ihrer Wohnung, wobei sie, wie uns berichtet wird, so schwere Kopfverletzungen erlitt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Unglückliche wurde ins Krankenhaus überführt.

„Unserer ist es egal...“ Wir erhielten folgende Zuschrift, die wir nicht für uns behalten wollen, weil wir es in dieser schweren Zeit für wünschenswert halten, wenn unsere Leser auch einmal ein bitteres Lachen:

Öbliche Redaktion! Seit Jahren bestehende unsere Berichtszettel mit Sig Bratislava haben wir auf das ganze Gebiet der Slowakei ausgedehnt und unsere Berichtlinien vollkommen ausgebaut so, daß wir mit unserem Berichtsdienste versichtlich und pünktlich können die Tagespresse versehen, resp. dienen. Richtig! dessen, daß Ihr w. Blatt vielmahl verspätet bringt die Sensationelle oder interessante Berichte, oder die entbehren muß, — wir machen den Anbot die Öbliche Redaktion zu versehen mit dem Sensationellen und interessanten Berichtsmaterial besonders bezüglich der Provinzstädten und Dörfern.

Insofern die Öbliche Redaktion in der Hauptstadt der Slowakei oder aber in die Provinzstädten mit einem Berichtshalter schon disponieren, haben wir keine Einwendung dagegen, wenn Sie von denen die Berichte abnehmen. Wenn Sie aber auf unsere Dienste reflektieren, so werden Sie in dieser Lage sein zu können, die Ereignisvollste und interessante Berichtsmaterial bei Zeit zu bekommen.

Unserer ist es egal, ob wir per Zeilenlohn, oder aber per Postsumme honoriert werden nach unseren eingehenden Berichtsmaterial.

Wir benötigen es zu betonen, daß wir für das eingesandte Berichtsmaterial haften.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prag: 10.30 Schallplatten. 12.05 Konstruktiv-Plasmus. 13.05 Schallplatten. 18.00 Deutsche Sendung: „Der Stein“, Rundfunk-Kantate. 19.00 Jurkš-Kabarettabend. 21.30 Haydn's Streichquartett. 22.00 Konzert aus New York. — Brünn: 11.00 Matinee. 18.00 Deutsche Sendung: Schumann und Chopin. — Ráth.-Opatov: 16.00 Orchesterkonzert. 17.00 Tanzmusik. — Berlin: 16.00 „Die Stützen der Gesellschaft“, von Jöben. 18.45 Rattbäus-Pollon. — Breslau: 21.30 Kammermusik. — Pilsen: 11.30 Bach-Kantate. 17.30 Deutsche Meister. 21.00 Orchesterkonzert. — Wien: 12.30 „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni. 18.35 Aus Cyretten.

Wir hoffen von Sie unsere Slowakischen Berichtsdienste in Anspruch nehmen werden, daß Ihr w. Blatt bedeutend ergebnisvoller verbreitet wird, da sich das Lesepublikum um diese Blätter sich interessiert, welche die Ereignisse von diesen Handteill — ob zwar gedrängt — aber doch bekannt geben.

Hauptächlich auf die Slowakei bezühenden Sensationelle Tages, allgemeineslandwirtschaftliche Ereignisse und andere interessante Berichte so wie von Gerichtskaal u. f. w. konnten wir Ihnen mit schnelle und pünktliche Berichte dienen, sogar auch Reportartikeln senden.

In der Hoffnung, daß die Öbliche Redaktion mit Ihrer w. Antwort und die Freude machen wird uns in Anspruch nehmen zu wollen, verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung

Schweren Herzens haben wir uns entschlossen, von solchem „Berichtsdienst“ keinen Gebrauch zu machen, wovon wir die Briefschreiber auf diesem Wege in Kenntnis setzen.

Ein Kind von Kohlengasen getötet. In Mendorf bei Gablonz a. d. N. wurde das einjährige Kind des Gladruders Lugo Winter das Opfer ausströmender Kohlen-gase. Die Familie hatte eine neue Wohnung bezogen, deren Ofen durch eine Klappe regulierbar ist. Die Kindermutter wußte um die Handhabung der Regulierung keinen Bescheid, und so strömten Kohlen-gase aus, an denen das Kind erstickte.

Begen eines Kindes mit Büdingen... Wie uns aus Großsly berichtet wird, wurde der arbeitslose 56jährige Arbeiter Bauer aus Schwaderbach, als er mit einem im nahen Saalen gefassten Rüstchen Büdingen die tschechoslowakische Grenze überschritt, von einem Zollbeamten angehalten. Bauer, der eine Bestrafung fürchtete, ergriff die Flucht, worauf ihm der Grenzaufseher einen Schuß nachschickte, der Bauer in den Bauch traf. Der Unglückliche ist der schweren Verletzung kurz nach seiner Einlieferung im Krankenhaus erlegen.

Immer noch besser, als die Wäsen zu segnen. Aus der Stadt des Baillan wird gemeldet: Der Heilige Bauer, der bekanntlich früher ein hervorragender Alpinist und Alpenschristlicher war, hat veranlaßt, daß von nun an auch eine Segnung der alpinen Ausrüstungsgegenstände unter die ständigen Gebete der Kirche aufgenommen wird.

Schiff in Flammen. Auf dem im Trodenod von Belfast liegenden 19.000 Tonnen großen Dugumotorschiff „Ber mada“ brach Donnerstags abends Feuer aus. Um Mitternacht stand das ganze Schiff in Flammen. Die gesamte Feuerweh von Belfast nahm an den Lösungsarbeiten teil, die durch ständig aufeinander folgende Explosionen sehr erschwert wurden. Um 2 Uhr früh begann das Schiff, sich allmählich auf die Seite zu neigen. Die „Veranda“ war bereits am 17. Juni d. J. im Hafen von Hamilton (Bermudas) durch Feuer schwer beschädigt worden, und nach vorläufiger Reparatur nach Belfast zurückgeführt, wo die Wiederherstellungsarbeiten vorgeschritten bei Ausbruch des Feuers beinahe beendet waren. „Daily Telegraph“ meldet, daß das Schiff vollkommen zerstört sei und daß der Schaden eine Million Pfund Sterling übersteige.

Flammentod eines Kindes. In der tschechoslowakischen Gemeinde Sarkado wurden am Montag durch ein Feuer zwei Wohnhäuser und zwei Scheunen vernichtet. Bei dem Brand kam jedoch auch ein kleines Kind, das nicht mehr aus den Flammen gerettet werden konnte, ums Leben.

Bank im Bein. In der Irrenanstalt von Boife (Zbado, USA) lebt eine Selbstkranke, die — geistesgegenwärtig genug war, ihr Vermögen im Innern ihres höhlen Holzbeins aufzubewahren. Bisher hatte die Kranke erklärt, daß sie besitzlos sei. Nachdem nun aber bei einer ärztlichen Untersuchung durch Zufall festgestellt worden war, daß die angeblich irrfinnige Patientin ihr Bein als Bank eingerichtet und in ihm 3150 Dollar aufbewahrt hatte, wurde sie dazu verurteilt, für die Zeit ihres Aufenthaltes in der Irrenanstalt täglich einen Dollar zu zahlen.

Wanderung eines Blinden durch ganz Italien. In Florenz ist ein Blinder namens Nicolo Cacchiene eingetroffen, der, geführt von seinem Hund, eine Rundwanderung durch ganz Italien unternommen und bereits insgesamt 3000 Kilometer zurückgelegt hatte.

Hochseitsfahrt in den Tod. Auf einer Flugbrücke in Dillingfors geriet ein Auto ins Schlingern und stürzte ins Wasser. Die Insassen des Wagens, ein Brautpaar, das zur Trauung in die Kirche fahren wollte, kamen ums Leben.

PRAGER ZEITUNG.

Die Konsumgenossenschaft in Prag VII!

Zu Beginn dieser Woche, am 16. November d. W., eröffnete die deutsche Konsumgenossenschaft in Prag im Stadtteil Doléškovy (Prag VII) eine weitere Verteilungsstelle. Sie befindet sich in der Hermannova 22. Jeder, der den laub- und zweimäßig eingerichteten Verkaufstraum der Verteilungsstelle betritt, fühlt die Gemütlichkeit, hier so bedient zu werden, wie er es wünscht. Die Genossenschaft hat hier alles vorgekehrt, um allen Wünschen der Verbraucher gerecht zu werden. Unsere Freunde in Prag VII werden es gewiß begrüßen, nunmehr die Gelegenheit zu haben, alle ihre Bedarfsgüter im eigenen Laden zu kaufen, werden es nicht mehr notwendig haben, ihre Kaufkraft denen zuzuwenden, die daraus nur ihren persönlichen Vorteil schöpfen.

Die Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaft steht jedem offen. Jedem ist durch den Beitritt die Gelegenheit geboten, sich als überzeugter Verfechter einer sozialen Gemeinwirtschaft in das Meer jener vielen zehntausende organisierter Verbraucher einzuschließen und dadurch ein größeres Stück wirtschaftlicher Freiheit zu erringen, teilzuhaben an den bedeutenden Vorteilen genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft. Durch den Zusammenschluß der deutschen Verbraucher Prags in eine wirtschaftliche Selbsthilfeorganisation tragen wir nicht nur dazu bei, uns vom privaten Handel unabhängig zu machen, sondern helfen auch mit, die Grundlagen einer Wirtschaftsvorbereitung zu errichten, in der nicht das private Wohl des einzelnen, sondern das öffentliche Wohl aller zur Richtschnur wirtschaftlicher Betätigung gemacht wird.

Ein sichtbares Zeichen dafür, daß die Errichtung der Konsumgenossenschaft auf dem Boden Prags eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, ist das ständige Zunehmen der Mitgliederzahl. Die Hausfrauen erkennen, daß sie durch den Einkauf in der Konsumgenossenschaft besser für ihre Familien sorgen können als bisher, wo sie einzig und allein auf den privaten Handel angewiesen waren.

Der ständige Einkauf in der Konsumgenossenschaft ist für die Familien ein Gebot der Vernunft und der Sparsamkeit.

Ueber die „Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit“ sprach Donnerstag im sozialen Institut Abg. A. TUDNY. Die Verkürzung der Arbeitszeit bezeichnete er als das wirksamste und auf längere Zeit sich am besten bewährende Mittel. Wenn man mit der Durchföhrung jedoch warten würde, bis eine interstaatliche Regelung zustande käme, könnte nur eine weitere Verschlechterung des jetzigen Standes die Folge sein. Demgegenüber, wer sich zu diesem Schritt sofort entschließt, kann dabei nur gewinnen. Eine Zwangsregelung erfolgte allerdings noch in keinem Staate, durch private Initiative vorausblickender Unternehmer oder infolge Abmachungen zwischen Unternehmern und Arbeitern wurde aber die Arbeitszeitverkürzung anderwärts schon in vielen Branchen und Einzelbetrieben durchgeführt. Nach amtlichen Erhebungen über die Folgen dieser Maßnahme sind die Ergebnisse überall befriedigend und die Bewegung breitet sich daher immer mehr aus. Bei uns wird von Unternehmerseite als Hauptargument geltend gemacht, daß die Arbeitszeitverkürzung eine bedeutende Erhöhung der Erzeugungskosten mit sich bringen würde. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Löhne nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Erzeugungskosten ausmachen und selbst wenn der Lohnanteil steigen würde, so könnte man die Erhöhung der Konkurrenz unserer Industrie mit jener anderer Staaten nicht darauf zurückzuführen, weil dort überall die Löhne und die sozialen Kosten relativ mehr ausmachen, als bei uns. Die Gefährdung unserer Konkurrenzsfähigkeit ist auf andere Gründe zurückzuführen.

„Der Einfluß der Handelspolitik auf die Wirtschaftskrise“ ist das Thema des nächsten Vortrages im Sozialen Institut. Redner Gen. I. PIKORUS, Ort: Vortragssaal des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Prag II, Balachova nam 4. Zeit: Donnerstag, den 26. November, halb 8 Uhr abends. Eintritt frei.

Ein Sonderzug ins Riesengebirge vom 5. bis 8. Dezember wird für Winterportler vom Ausflugszugreferat der Staatsbahndirektion Prag-Züb veranstaltet. Preis ungefähr 200 K., worin enthalten sind: Fahrt hin und zurück, dreitägige Pension mit Wohnung, Anmeldungen unter Angabe von 22 K bis spätestens 1. Dezember bei Kassa 13, Wilsonbahnhof.

Gerichtssaal

Der Weg hinab.

Von der Arbeitsvermittlung zum Strafgericht.

Prag, 20. November. Das Schicksal dieses Zweihundzwanzigjährigen, der heute unter Anklage der Teilnahme am Verbrechen des Einbruches in ein Geschäftsgelände gemeinsam mit zwei gefährlichen Buraken abgeurteilt wurde, ist ein Typus, wie man ihn heutzutage leider nur zu häufig antrifft. Es ist die entsetzliche Not dieser Zeit, die hier als Schrittmacherin der Kriminalität auftritt. Und dieser Fall ist geradezu ein Musterbeispiel für die Art, wie sich das Abgleiten mancher Schuldlos bereuender Proletarierregimenten vollzieht.

Dieser Franz Stanek ist seit einem hohen Jahr arbeitslos. Als Schuhmachergehilfe hat er ohnedies keine besonders guten Aussichten, aber er verjuchte (was ihm die Polizei im Zeugniszeugnis bezeugt) mit großer Ausdauer, zu Brot und Arbeit zu kommen. Schuhmacher- und Reparaturwerkstätten und selbst die Verkaufsstellen der großen Fabriken lief er ab und bat um Arbeit. Und einen Tag wie den anderen das gleiche Resultat. Schließlich setzte er seine ganze Hoffnung auf die „Bursa“, die Prager städtische Arbeitsvermittlung. Und wieder gingen ein paar Wochen vorbei, während der er im ganzen drei Tage ausbissweisse Arbeit gefunden hatte. Eine Wohnung hatte er schon längst nicht mehr, sondern schlief im Koffel und oft genug auch trieb er sich die Nacht über in der Stadt herum, wenn er nicht einmal das Schlafgeld hatte und die ungenügende Anweisung von der „Sozialen Hilfe“ deshalb nicht erbitten konnte, weil er den Vormittag auf der „Arbeitsbörse“ verbracht und die Amtsstunden veräußert hatte.

Diese Bursa hat auch noch andere Besucher, die dort nicht zu schaffen haben. Werde fragwürdige Existenzen treiben sich dort herum, u. a. auch berufsmäßig kriminelle Existenzen, die hier „ihren Mann“ suchen, einen Reuling, einen Gimpel, der das „Geschäft“ nicht kennt und dessen man sich ohne sonderliche Gefahr zu gewissen Dienstleistungen bedienen kann. Franz Stanek kam in die richtige Gesellschaft. Er hatte zwei Nächte nicht geschlafen und kaum etwas gegessen und sträubte sich nur kurze Zeit, dann gab er nach. Bei einem Wohnungsdiebstahl sollte er im Silogenhaus Schmieber sehen und, wenn nötig, warnen. Besonders sympathisch war den beiden oft bestrafte Berufsleute, daß der Burake sie persönlich nicht kannte und sie ihn also nach vollbrachter Tat loswerden konnten, ohne ihm den versprochenen Anteil geben zu müssen. Es kam aber anders und man sah alle drei. Als alle Kameraden sind sie bei ihrer Verteidigung trefflich aufeinander eingepflegt und versuchten tatsächlich, den armen Teufel als den eigentlichen Verführer hinzustellen. Freilich verdingt diese Methode nicht. Sie bekamen sechs und acht Monate Kerker, Stanek aber, der bisher unbescholten ist und nach Mitteilung der Sicherheitsbehörde „einen sehr guten Ruf besitzt“, wurde zu drei Monaten verurteilt mit einer Bewährungsfrist von ebensoviel Jahren. Er brach in Tränen aus und versprach sich zu halten. Und hätte er Brot, Obdach und Arbeit, so brauche man gewiß keine Zweifel zu hegen, daß er auf dieser Bank nicht mehr erscheinen wird.

Der beleidigte Geschworene.

Nachträge zum Horák-Mordprozeß.

Prag, 20. November. Wir haben feinerzeit berichtet, daß der hiesige Advokat Dr. Friedrich BILL, als einer der Hinterbliebenenvertreter nach Verkündung des Urteils um Protokollierung der Tatsache bat, daß einer der Geschworenen während der Verhandlung geschlafen habe. Dieser, ein Rednermeister namens Trefka, fühlte sich durch diese Erklärung des Anwaltes beleidigt und hat die Ehrenbeleidigungsklage gegen letzteren überreicht. Aber die heute vor dem hiesigen Bezirksgericht (Richter Dr. Kaulka) verhandelt wurde. Dr. BILL beruft sich auf die Feindschaft des Staatsanwaltes Dr. Urban, den er

Genossen! Genossinnen!

- ✓ jeder Gewerkschaftsversammlung,
- ✓ jeder Gewerkschaftsversammlung,
- ✓ jeder Genossenschaftsversammlung,
- ✓ jeder Wählerversammlung,
- ✓ jeder Frauenversammlung,
- ✓ jeder politischen Versammlung,
- ✓ jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation laßt ihr für die

sozialdemokratische Parteipresse

intensivest bearbeitet

Aus großer Zeit

Wahnsinnig.

„Unsere Gegner befinden sich ohne Zweifel in der Lage von Wahnsinnigen, sonst würden sie schon seit Monaten eingesehen haben, daß es gegen den U-Boot-Krieg keine Waffe gibt.“

Kapitän J. S. von Pustau in der „Täglichen Rundschau“, 13. Juli 1917.

(u. Pustau bemerkt sich im November 1918 bei der U.S.P.D., um Marineminister zu werden!)

„Mit reinen Händen...“

Sarajewo. Auf Befehl des Militärkommandos werden in den auf bosnischen Linien verkehrenden Militärsügen Geiseln mitgeführt, die mit eigener Person für die Sicherheit des Zuges garantieren. In der Nähe von Rudanfa wurde nun auf einen bosnierenden Zug geschossen... Daraufhin wurde der im Zuge befindliche Geisel Todor Mitic aus Sarajewo bei Bosnisch-Brdo sofort standrechtlich hingerichtet.

(Mitteilung der „Südslawischen Korrespondenz“, offizielles Korrespondenzbüro für die südslawischen Österreichischen Provinzen, 15. August 1914.)

Bekanntmachung.

Der Generalmajor und Führer der Garde-Kavallerie-Division hat mir mitgeteilt, daß letzte Nacht zwei Gewehrschüsse auf zwei deutsche Offiziere abgefeuert wurden, von denen einer verwundet wurde.

Er bittet mich, die Bevölkerung dringend darauf hinzuweisen, daß die geringste Handlung gegen die deutschen Truppen das sofortige Bombardement der Stadt zur Folge hätte.

Als Buße verlangt er sofortige Zahlung von 20.000 Mark.

Ich bitte die Bevölkerung dringend, sich nach dieser Bekanntmachung zu richten und mehr als je äußerste Ruhe zu beobachten.

Einw. 15. August 1914.

Der Bürgermeister: Ad. Deloge.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zusammenbruch einer Berliner Bank.

Die Serie der Bankzusammenbrüche ist, wie bereits gemeldet, um einen neuen schweren Fall bereichert. Am Donnerstag hat die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, die über ein Kapital von zwei Millionen Mark verfügt, ihre Schalter geschlossen. Der Fall hat infolgedessen einen besonderen politischen Ausbruch, weil der Vorsitzende des Aufsichtsrates der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Laden-dorff ist, der zugleich den Vorsitz in der preussischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei führt.

Die tieferen Ursachen zu dieser Pleite liegen in der Darlehens- und Aufkaufpolitik, die das Institut betrieben hat. So wurden kurz hintereinander die Mitteldutsche Boden A.G. in Greiz sowie die Deutsche Realcredit A.G. in Dessau und die Majorität der Sowag Versicherungsgesellschaften erworben. Die größte Verlustquelle beruht darauf, daß auf schlechte Hypotheken Grundstücke erworben wurden, die gar keine oder nur sehr unzureichende Verzinsung gebracht haben.

Die Angelegenheit hat aber auch einen ausgesprochen kriminellen Charakter. Nach den bisherigen Ermittlungen liegen glatte Bilanzfälschungen vor. So sind in der Bilanz für 1930 die Forderungen mit 62 Millionen ausgewiesen, worunter Grundstücke (!) mit einem Buchwert von 25 Millionen eingesetzt sind. Auch Beteiligungen sind unter den Augenständen verbucht worden. Damit nicht genug, sind von diesen Augenständen etwa 10 Millionen Mark als uneinbringlich anzusehen. Die Ge-

samtpassiven belaufen sich zurzeit auf 62 Millionen Einlagen und 12-14 Millionen Lombardverpflichtungen.

Bei der großen Zahl von 36.000 Kunden wird dieser Fall natürlich wieder viel Staub aufwirbeln.

Im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung der Bank ist von der Staatsanwaltschaft I Berlin gegen den Direktor Seiffert ein Ermittlungsverfahren wegen Finanzverschleierung, Konkursvergehens und absichtlichen Handelns zum Nachteil der Gesellschaft eingeleitet worden. Die Geschäftsbücher der Bank sind sichergestellt. Seiffert ist seit Donnerstag abends flüchtig.

Die nunmehr bekannt wird, schwebt überdies gegen Seiffert seit Jahresfrist beim Dessauer Landgericht ein Verfahren wegen Meineid und Bestechung. Die Gerichtsbehörden haben sofort alle Maßnahmen ergriffen, um Seiffert habhaft zu werden.

Die Forderungen der Gastgewerbeangestellten.

Schutz für ihre Wirtschaftsnot.

Die Gastgewerbeangestellten haben schon unter normalen Verhältnissen kein angenehmes Dasein. Sie haben auch heute noch eine Arbeitszeit, wie sie im Frieden war. Einen Parolohn gibt es nur äußerst selten. Die Verpflegungs- und Wohnungsverhältnisse lassen im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Die planlose Gehrlingszüchtereit trägt bei, daß sich die Verhältnisse noch ständig verschlechtern.

Vor einigen Wochen verlangte nun die Reichsorganisation der Gastgewerbeangestelltenverbände bei der zuständigen Behörde in Prag für ihre unter der Krise leidenden Geschäfte Hilfsmaßnahmen. In der Fachpresse dieser Unternehmerorganisation wird seit Monaten eine Forderung der sozialpolitischen Einrichtungen zugunsten der Gastgewerbeangestellten verlangt. Es erweckt den Anschein, daß die maßgebenden Herren wünschen, der Gastgewerbeangestellte möge auf dem wirtschaftlichen Kampffeld freiwild sein.

Es ist somit selbstverständlich, daß sich auch die Gastgewerbeangestellten nunmehr energisch ihrer Haut zu erwehren beginnen. Diese Woche haben alle Organisationen ohne Unterschied der Sprache und der Richtung ein gemeinsames Memorandum sowohl im Ministerium für soziale Fürsorge, als auch im Handelsministerium und bei den parlamentarischen Klubs überreicht. Darin wird insbesondere gefordert: Anweisung der Gewerbeinspektorate zur Kontrolle der gastgewerblichen Unternehmungen, Weisungen an die Bezirksbehörden wegen rascher Erledigung der Anzeigen wegen Übertretung der verschiedenen Arbeitsschutzgesetze, wirkungsvolle Bestrafung der Gesetzesübertreter, Weisungen an die öffentlichen Sicherheitsorgane, daß sie bei Inanspruchnahme durch die Vertrauensleute behufs Intervention und Feststellung von Übertretungen an Ort und Stelle die notwendigen Amtshandlungen zur Weiterleitung an die zuständigen Behörden vornehmen. Ferner die Einhaltung der Arbeitszeit, des Verbotes der Nachtarbeit für jugendliche und weibliche Angestellte, Verringerung der Lehrlingszahl, Garantienlohnung, Anwendung des Vertriebsauschusses-Gesetzes, Erhöhung der Naturabverpflegungsgebühren für den erkrankten oder Renten beziehenden Angestellten. Es wird weiters von den Behörden gefordert, den Anflug einzustellen, daß die Angestellten selber ihre Mitarbeiter aus dem Bedienungsgeld sowie auch Vorgesetzte bezahlen müssen. Verlangt wird weiter, daß den Angestellten der Ruhetag sowie der gefestigte Urlaub in vollem Ausmaß zubilligt wird, die Abschaffung der privaten Arbeitsvermittlungen, Heftsetzung einer im ganzen Staat gleichgeltenden Sperrstunde und Abschaffung des Wuchers mit Tabak, da viele Unternehmer den Angestellten für Tabakfabrikate höhere Preise berechnen. Schließlich ist in dem Memorandum auch der Ruf erhoben nach einer außerordentlichen Arbeitslosenhilfe.

Nach Erörterung der zuständigen Amtschefs ist zu erwarten, daß maßgebende Forderungen, die ja bereits gesetzlich verankert sind, in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Es wird Sache der Gastgewerbeangestellten sein, durch den Beitritt zur Gewerkschaft sich ein Machtmittel zu schaffen. Für das deutsche Sprachgebiet der Republik ist die zuständige Organisation aller im Gast-, Schank-, Kaffeehaus- und Hotelgewerbe beschäftigten Personen ohne Unterschied der Kategorie die „Reichsfederation der Gastgewerbeangestellten im Zentralverband“ mit dem Sitz in Bodenbach und dem Gaukretariat in Karlsbad.

Beleuchte besser. Du arbeitest besser!

Gutes, richtig angewendetes reichliches Licht ist produktiv!

Gute Ratschläge zur Verbesserung Ihrer Lichtanlage gibt Ihnen der Elektro-Lichtfachmann.

Innen-OSRAM-Lampen
mattierte geben besseres Licht

**Centralbank der deutschen Sparkassen
in der Tschechoslowakischen Republik.**
Hauptstadt: Prag II.,
Bredauergasse 14.

Zweigabteilungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Teichen, Trautau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.

auf den Schlämmer des Volkstheaters aufmerksam gemacht habe, da er das Refusée des Vorsitzenden O.H. Ratzl nicht unterbrechen wollte. Dem Vernehmen nach soll sich die Wichtigkeitsbeurteilung des Staatsanwaltes, der nun als Zeuge vor dem Bezirksgericht erscheinen wird, auch auf diesen Vorfall, der als Wichtigkeitsgrund in Frage käme, beziehen. Die Verhandlung wurde weds Ladung der Zeugen vertagt.

Ein Refordbeirüger - ehemaliger Sekretär der Liga.

Vor dem Strafenat des O.H. Trost hatte sich Donnerstag der 35jährige ehemalige Sekretär der Liga, Anton Klenta, zu verteidigen, welcher gemeinsam mit dem 35jährigen K. Sufr wegen nicht weniger als 36 Betrugsfällen angeklagt war. Die beiden hatten eine sogenannte Kreditvermittlungsgesellschaft eingerichtet, welche Anleihen vermitteln sollte. Von Leuten, welche sich dorthin wandten, wurden vor allem Beiträge für Provisionen, Einschreibgebühren usw. abverlangt. Kredit erhielt natürlich niemand. Während der eininhalb Monate ihrer Existenz betrug diese saubere Firma über 600 Personen. Klenta wurde zu 18, Sufr zu 12 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Nach Verbüßung ihrer Strafe dürften sie in eine Zwangsarbeitsanstalt gebracht werden.

Kunst und Wissen

Zweites philharmonisches Konzert.

Durch eine plötzliche Kenderung des Generalprogrammes der philharmonischen Konzerte des Prager deutschen Theaterorchesters wurde Johannes Brahms' Dritte Sinfonie zum Hauptwerke des gestern Abend im Neuen Deutschen Theater veranstalteten zweiten philharmonischen Konzertes (an Stelle der Rheinischen Sinfonie Robert Schumanns). Wenn man Brahms' „Dritte“ als die herrliche unter seinen vier Sinfonien hat bezeichnen wollen, so hat vielleicht der heroische Charakter des Hauptthemas, des ersten Satzes die Betonung dazu gegeben. Aber auch diese Auffassung ist gewagt, wie ja überhaupt Brahms als der letzte große „absolute“ Meister eine Deutung seiner Tonprache im programmatischen Sinne nicht zuläßt. Seine Musik, insbesondere die seiner Sinfonien und Kammermusikwerke, will nicht anders aufgefaßt sein als in dem Sinne, wie Eduard Hanslick, der gefährliche Freund Brahms', das inhaltliche Wesen aller Musik erkennen zu müssen glaubte: als „tönend bewegte Formen“. Aber diese „tönend bewegten Formen“ Brahms' sind gerade in der dritten Sinfonie des Meisters von einer fast bildlichen Klarheit, von reichster melodischer, harmonischer und rhythmischer Invention erfüllt und sogar - wie in dem von religiöser Andacht getragenen Andante-Satz - mit wirklich gefühlsmächtigem Inhalt ausgestattet. Unter den vier Sinfonien Brahms' ist die „Dritte“ zweifellos die eingänglichste und darum auch für das Publikum verständlichste. Daß man sie nach Jahren wieder einmal hören konnte, kann Georg Szell, dem gegenwärtigen Leiter der einzigen Prager deutschen Sinfonieorchester, nicht genug gedankt werden. Aber bei aller Gründlichkeit und Sorgfalt Brahms gegenüber vermag Szell ihm doch nicht alles zu geben, dessen er bedarf, vor allem hinsichtlich der zusammenfassenden Kraft des musikalischen Materials. Auch legt Szell die Themen Brahms' weniger herb und mächtig an, als ihnen kommt. Leider ließ auch das Orchester in der Brahms-Sinfonie mitunter die nötige Gleichmäßigkeit im Rhythmus und in der Dynamik vermissen. Insonfische Reue: hatte Szell in diesem Konzert eine Orchesterprobe aus der Musik zu Goethes dramatischer Skizze „Triumph des Empfindsamkeit“ von Ernst Klenck gebracht, eine aus dem Dandigkeit und -stich von der Leber weg geschriebene Komposition, die genau so parodistisch ist wie Goethes Stück, die in ihren vier Teilen weißheitere und satirische, buffonmäßige musikalische Einfälle hat und nur in einem Adagio auch wirklich beständig „empfindsam“ wird. Den parodistischen Charakter der Suite lang hatte Schönaner mit seiner und schon tragender Stimmung. Zwischen den beiden Sinfonischen Werken dachte man - ebenfalls als Reue! - ein dreistündiges Violinkonzert (mit Orchesterbegleitung) von dem wir schon häufiger berichtet haben, als das bedauerlichste als Scherz und Witz denn als Ernst und Kunst würdig zu nennen wäre. Prof. Wilsa Schwenka, der die deutsche Musikwelt durch das in einem schmerzlichen und fühligen Opus mit prachtvollem, zartem Ton, unverwundlicher technischer Fertigkeit und wohlwollender Klarheit das Konzert mit...

am Gehalt der Belfall vor allem für Schwenka's „Empfindsamkeit“.

„Der Gerichtsvolksgieher“, Komödie von Harwood, ist als nächste Schauspielnovität der Kleinen Bühne mit Hans Gög in der Titelrolle für Samstag, den 21. ds., in Vorbereitung.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Samstag, halb 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer. Erstaufführung: „Jemand“, Komödie von Koller (29-1). Morgen, Sonntag, 7 Uhr: Festvorstellung: „Der Freischütz“. (Nur für geladene Gäste). - Montag, 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Jemand“ (30-1). - Dienstag, halb 8 Uhr: „Madame Favart“, Operette von Offenbach (31-1). - Mittwoch, 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Jemand“ (32-1). - Donnerstag, halb 8 Uhr: „Caramba“, Operette mit Soubretten (33-1). - Freitag, halb 8 Uhr: „Der und Zimmermann“, komische Oper von Vogler (34-1). - Samstag, halb 8 Uhr: Erstaufführung: „Das Herz“, Oper von Wagner (35-1). - Sonntag, halb 8 Uhr: Arbeiterdarstellung, Gastspiel Leopold Kramer: „Spiel im Schloß“, 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Jemand“ (36-1). - Montag, halb 8 Uhr: „Der Hauptmann von Köpenick“, ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. (Greter Verkauf und Bankbeamtengruppe I. u. II.).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Samstag, halb 8 Uhr: Erstaufführung: „Diebling, adieu!“, musikalisches Lustspiel von Bertuch und Schick, Gefangene und Ruff von Koller. - Morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Kina“, Komödie von Bruno Brant (37-1). - Abends 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Jemand“. - Montag, 8 Uhr: „Diebling, adieu!“ - Dienstag 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Jemand“. - Mittwoch, 8 Uhr: „Diebling, adieu!“ - Freitag, 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer. Zum 40. Male! „Spiel im Schloß“ von Koller. - Samstag, 8 Uhr: „Kina“ (38-1). - Sonntag, halb 8 Uhr: Erstaufführung: „Der Gerichtsvolksgieher, Komödie von Harwood.

Mittellungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes
kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachgemäß angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“ ausführen.

Besonderes Pächeln ist nur möglich mit schönen weißen Zähnen und schöne weiße Zähne nur durch Chlorodont-Zahnpaste. Tube K 4 - 100

Ein Batterie-Empfänger ist immer selektiver als ein Rekonstruktions-Empfänger, da diesem nicht nur aus der Antenne, sondern auch durch die Sichtung Hochfrequenz-Energie zugeführt wird, wodurch die Abstimmung erschwert wird. Auf diesen Umstand ist beim Kauf eines Rundfunkempfängers besonders zu achten, ebenso wie auf die Wahl einer geeigneten Batterie, damit der Empfang auch wirklich einwandfrei ist. Größter Beliebtheit erfreuen sich in dieser Hinsicht die Serien-Rundfunk-Batterien Radio Palaba, die sich leicht austauschen lassen, wodurch die Kosten des Betriebes herabgesetzt werden. 1943

Atmosphäre der Erholung. Kerden sind kostbar; je gefeilter sie sind, um so leistungsfähiger und widerstandsfähiger steht man dem Leben gegenüber. - Die Amerikaner und Engländer, Aufnahmefähigen und praktisch bis auf's Mark, haben das „Wellend“ eingeführt, um ihren Kerden die nötige Ruhe, Abkühlung und Erholung zu geben. - Run ist bei ihnen ein anderer Brauch allgemein geworden, der dem gleichen Zweck dient. Man legt nach den Mahlzeiten, im Freundeskreise, bei festlichen Anlässen bei Herzbelebungen. - Das weiche, milde Licht der Strahlenerleuchtung die Wärme von der Augenwelt und bringt das Tempo, die Unrast des Tages zum Rhythmus der Behaglichkeit. Der wohlthuende Schimmer verbindet alles zu friedvollem Gleichklang. Das ist die „Atmosphäre der Erholung.“ Haben wir Mittel-europäer die „Kerdenbelebungen“ nicht doppelt nötiger als die Amerikaner und Engländer? Wenn diese Geschäftsmenschen den Wert der Kerdenbelebungen für die Arbeits- und Leistungsfähigkeit erkannt haben, sollten wir nicht zögern und uns diesen Brauch auch zu eigen machen. 1929

Sport • Spiel • Körperpflege

Fußballkriege Neus Prag gegen F.R. Novy dvor.

Morgen Sonntag spielen unsere Fußballer ihr letztes Spiel in dieser Saison. Ihr diegemaliger Gegner weist eine gute Spielstärke auf, so daß schöner Sport zu erwarten ist. Anstoß um 10 Uhr nachmittags. Der Sportplatz befindet sich bei der Kaiserstraße hinter dem Baumgarten (neben dem der Sportbrüder). Genossen, unterstützt die Bestrebungen unserer Fußballer und befechtet jährelich dieses Spiel!

Ein Mutterbeispiel von „Einheitsfront“. Die Vereinigung der revolutionären Sportorganisationen von Prag-Bohmen (abgekürzt „S.E.“ genannt) gehören seit einem Jahr der Moskauer Sportinternationale an und man möchte annehmen, daß sie als Mutter von Einheitsfront ein Herz und eine Seele sind. Da leben wir in „Die neue Welt“, die Kuba, Organ der Kommunistischen Partei...

Opposition, vom 3. November 1931 über den letzten FET-Kongress und über die FET-Leitung:

„Anstatt freie Meinungsäußerungen, anstatt sachliche und gründliche Diskussionen, wurden die Stimmen der Opposition mit Verleumdungen und Lügen unterdrückt, jede richtige kameradschaftliche Diskussion wurde unmöglich gemacht.“

„Genau wie die Intentionen Parteiführer erfüllt worden sind, so werden auch die Intentionen Führer des FET, die Saboteure der Einheit erfüllt werden.“

Und die predigen den Verbänden der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale etwas von der „Einheit“ vor.

Vor'räge und Veranstaltungen

Jorel, der Kulturhygieniker. Ueber dieses Thema spricht als Gast der Gesellschaft für sittliche Erziehung und der Ententeprag „Prog“ M. U. Dr. Karl Bornstein, Generalsekretär des preussischen Landesauschusses für hygienische Volkserziehung, Montag, den 30. November im Karonium. Der Vortragende war ein langjähriger Freund Jorels.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 22. November. Treffpunkt 9 Uhr Endstation der Elektrischen im Baumgarten. Führung gewählt. - Die sportärztliche Untersuchung findet am Mittwoch, den 25. November, ab 6 Uhr abends in der Poliklinik für innere Krankheiten, Prag I, Dastalka 43, statt; die Angemeldeten werden erucht, pünktlich zu dieser Zeit vor dem Eingang zu erscheinen. - Außerdem erhält jeder eine Eintrittskarte zugefandt; bei Nichterhalt auch erscheinen. - Wintersportler, beachtet die heutige Notiz über die bahnmässigen Bestimmungen. An dem Skifars in Rollendorf kann jeder teilnehmen. Anmeldungen nach Auffig.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Generalversammlung, Mittwoch, den 24. N., am halb 8 Uhr abends im Wintergarten“ des Hotel Rosopol gegenüber Walfarstbahnhof, (Anfangszeit) ordentliche Generalversammlung. Die Mitglieder werden erucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Unterhaltungsabend. Heute Samstag, 21. d., halb 8 Uhr abends, im Heim auf der Heynsel, veranstaltet von unseren Fußballern, Ruff und Lang, Pflegt die Geselligkeit untereinander. Eintritt frei! Diese Abende finden von nun ab an jedem Samstag statt.

Der Film

„Bomben auf Monte Carlo.“ Vor allem ein: in diesem Film gibt es gar keine Bomben, es handelt sich nur um eine ganz kleine Drohung eines Ueberkapitäns mit Beschießung des Kasino von Monte-Carlo, also eine ganz reizende Expreßergeschichte allerdings an einem Objekt, das solcher Energie durchaus würdig ist. Ueber allem Expreßern, Verurteilten und was sonst noch das ABC der reichsdeutschen Filmdonjons erschöpft, steht natürlich die Frau, um die alles geht und die man sich erobern muß. Diesmal ist sie wieder einmal eine kleine, aber blonde und auch sonst brauchbare Königin, die einen schmutzen Kriegsschiffskapitän für eigen nennt und gern auf ihm herumzobeln möchte. Aber Schnecken... der Kapitän - Hanns Albers - läßt sich nicht von Weibern - Anna Steen - kommandieren, er nimmt nur die Gage und wenn sie nicht da ist, fährt man eben nach Monte Carlo, läßt Geld und verjagt es im Handumdrehen mit der bekannten Liebe auf den ersten Blick, laßt Perlen, gewinnt sich die Taschen voll mit Hunderttausendern, die man nach genossenem Alkohol eben wieder verpielt, wodurch in dieser laufenden Welt die Liebe sehr leicht ausgelöst zu werden pflegt. Das geschieht auch prompt im Mondschein auf der Kabinenterrasse, nachdem der Kapitän der Kaiserinverwalter mit einem kleinen Bombardement droht für den Fall, als man ihm die unterschlagene Mannschaftslohnung und Schiffskasse nicht zurück gibt. Er geht mit seiner Königin ins traute Kammerlein... Erkennen... Salutieren... Relief, ein Sprung ins Meer und er fährt schon nach Honolulu dem beliebten Ziel der Uebermenschen und sie ihm nach, wegen des happy-ends. - Was man mit diesem bedauerlichen Stumpfsinn machen kann, hat die Ura anknüpft in Berlin geleitet: der Kritiker der „Vollständigen Zeitung“ Heinz Bohl mußte bei seinem Interaktionsentwurf entlassen werden weil er meinte, daß solche Filme das Ansehen des deutschen Volkes schädigen können. Der Regisseur Schwarz zeigt die Kivieralscene, anfangs recht geschickt, dann bekannte Aufschlagsbilder aus Monte-Carlo und endlich eine Reihe vorzüglicher Schauspieler: Albers, Rahmann, die Ida Wüh, Gillingner, Gerson und Wallburg (in einer Episode) sind tadellos; der weibliche Dauphin, Anna Steen, wird vergerzt, verpielt, verführt, verführt, verführt und ist in dieser Vergerzung kaum erträglich. Es gibt diesmal auch einen glänzenden Einsfall: ein einsamer Engländer mit Weto und Sturmhelm bleibt als einziger Gast im vermeintlichen Bombardement. 19. 2.



Doppelte Freude
bereitet jedem Radioamateure die GRUPPEN-ANODENBATTERIE RADIO PALABA. Die Freude des störungsfreien Hörens und die Freude an derart dauerhaften, leistungsfähigen und leicht austauschbaren Batterien, wie es eben die SUPER RADIO PALABA sind.

Lassen Sie sich von Ihrem Kaufmann ein Kästchen vorlegen.



PALABA

Literatur

Lernen wir aus der Geschichte!

In dieser Zeit des Ueberganges, in der wir leben, kann man aus der Geschichte vergangener Zeiten, besonders viel lernen. Am meisten aus der Geschichte jener Epochen, die gewisse ähnliche soziale Entwicklungstendenzen aufweisen wie unsere Zeit. Eine solche Epoche ist das Zeitalter des Absolutismus (1600-1789), welches in dem neuesten Bande der Propädeutikgeschichte dargestellt wird.

Das Zeitalter des Absolutismus bedeutet eine soziale Schicksalswende wie unsere Zeit. Der Feudalismus zerfiel immer mehr, das Bürgertum meldete immer ungeläuter seine Forderungen an sowie sich heute der Uebergang des Bürgertums und der Anstieg des Proletariats vollzieht. Und so wie das Bürgertum heute nicht mehr stark genug ist, Staat und Gesellschaft allein zu beherrschen und das Proletariat noch nicht stark genug ist, die Herrschaft anzutreten, so hatte damals der Feudalismus nicht mehr die Kraft, den Staat zu regieren und das Bürgertum hätte diese Kraft noch nicht erlangt. In dieser Zeit des Gleichgewichts der Klassenkräfte war es einer dritten Macht, dem Landesfürsten möglich, die Macht zu gewinnen. Das wird uns in dem angezeigten Werk an der Monarchie Ludwigs XIV. von Frankreich ebenso gezeigt, wie an dem „aufgeklärten“ Absolutismus Friedrichs des Großen von Preußen und Josef II. von Österreich. So sehr dieser Absolutismus sich bemühte, die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums zu fördern, die Bourgeoisie war am Ende der Epoche zu stark geworden, um sich von Monarchen diktatorisch beherrschen zu lassen, ungefähr gleichzeitig schüttelte das amerikanische Bürgertum die Herrschaft Englands ab, es entstanden die „Vereinigten Staaten von Nordamerika“, harte die klassische Verkörperung der Bourgeoisieherrschaft und das französische Bürgertum schüttelte seinen König auf das Schaffot - die französische Revolution leitete ein neues Zeitalter der Geschichte Europas ein. Im Kampfe gegen die monarchistische Willkür hat das Bürgertum im Zeitalter der sogenannten Aufklärung die geistigen Waffen geschmiedet, die auch später noch vom Proletariat übernommen wurden, da aus der revolutionären eine reaktionäre Bourgeoisie geworden war.

Diese Zeit des Absolutismus wird uns in dem neuesten Bande der Propädeutikgeschichte eingehend geschildert, wobei immer wieder - manchmal mehr, manchmal weniger stark - auf die sozialen Grundfragen dieser Entwicklung zurückgegangen wird. Wiederholte von Bildern und Dokumenten der Zeit gehören - wie in den früheren Bänden - zu dem Besten, was es auf diesem Gebiet überhaupt gibt.

Das Zeitalter des Absolutismus 1600-1789. Von Propädeutikverlag, Berlin.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

SPAREN
mit **ANZEIGEN**
heißt der **essenzielleren Konkurrenz helfen**

Verkaufte billig: **„DER KAMPF“**
Jahrg: 1908, 1909, 1914 bis 1920, 1922 u. 1923, gebunden in Halbleinen
I. Peika, Postfilmmov Nordmähren